Grussadresse des ZK der KPD/ML Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 1 vom 4. Januar 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Unter der Rückendeckung der beiden Supermächte

Israelische Zionisten drohen mit Aggressionskrieg

Israelische Düsenbomber donnern über libanesisches und syrisches Gebiet. Sie sind die Bekräftigung und zugleich die Vorboten der aggressiven Drohungen der israelischen Zionisten in Tel Aviv, wo General Sharon lauthals verkündete: „Ein neuer Nahostkrieg ist unvermeidlich.“

Seit Wochen und Monaten rüsten die israelischen Zionisten, um erneut einen Aggressionskrieg gegen die arabischen Länder zu entfesseln. Ziel dieser Drohungen und Kriegsvorbereitungen ist es, die immer stärker werdende Front des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker mit militärischer Gewalt auseinanderzubrechen, zu schwächen und zu zerschlagen.

Die israelischen Zionisten haben noch niemals im Nahen Osten den Frieden gewollt. Im Gegenteil. Ihre ganze Macht, ihre Existenz haben sie aufgebaut auf blutiger Gewalt gegen das palästinensische Volk, das sie aus seinem Gebiet vertrieben haben und unterdrücken, auf militärischer Expansion gegen die arabischen Völker, deren Gebiete sie gewaltsam besetzt halten.

Zwar haben sie den Waffenstillstandsabkommen, den Abkommen zur Truppenentflechtung zugestimmt. Aber nicht um den Frieden im Nahen Osten herzustellen, sondern weil sie auf diese Weise eine noch größere Niederlage im Oktoberkrieg verhindern wollten. Den arabischen Ländern aber wurden diese Abkommen von den beiden Supermächten USA und Sowjetunion diktiert, um ihren Vormarsch zu stoppen.

Die israelischen Zionisten selbst haben keinerlei Zweifel daran gelassen, daß diese Abkommen für sie lediglich eine Ruhepause bedeuten, während der sie sich erneut rüsten, um wiederum loszuschlagen. Immer wieder haben sie betont, daß sie die widerrechtlich besetzten arabischen Gebiete niemals freiwillig räumen werden, ja sie haben erst recht in diesen Gebieten jüdische Einwanderer angesiedelt, um zu demonstrieren, daß sie diese widerrechtliche Besetzung verewigen wollen. Das palästinensische Volk aber, das gegen die Besetzung seiner Gebiete kämpft, verschreien sie als „Terroristen“ und „Mörder“. Aber wer ist es, der zu Mord und Terror aufruft? **Der israelische General Sharon hat erst vor wenigen Tagen aufgefordert, die Führer des palästinensischen Volkes, die von der UNO als offizielle Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt wurden, auf der ganzen Welt zu ermorden und auf die palästinensischen Büros überall Bombenanschläge zu verüben. Das ist Terror, das ist Aufruf zum Mord!**

Seit dem Oktoberkrieg haben die israelischen Zionisten immer wieder angekündigt, daß sie einen neuen Aggressionskrieg entfesseln werden, um den gerechten Kampf der arabischen Völker zur Wiederherstellung ihrer Rechte zu erstikken und weitere arabische Gebiete zu annektieren. Ihre ständigen Angriffe und Überfälle auf den Libanon haben bestätigt, wie ernst die israelischen Zionisten ihre Drohungen meinen.

Dieses aggressive und expansionistische Vorgehen der israelischen Zionisten ist jedoch ohne die ständige Einmischung der beiden Supermächte, des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus im Nahen Osten völlig undenkbar. Beide Supermächte sind daran interessiert, daß die arabischen Völker ständig unter Druck und Bedrohung leben, um sie auf diese Weise erpressen zu können, um sich als Garantiemächte des Friedens aufzuspielen, die tatsächlich nichts anderes wollen, als ihren Einfluß im Nahen Osten zu verstärken. Beide Supermächte wünschen nichts sehnlicher als über dieses Gebiet mit seinen bedeutenden Ölquellen ihre Herrschaft zu errichten, im wahrsten Sinne des Wortes an der Quelle zu sitzen.



In den von Israel widerrechtlich besetzten Gebieten wächst der Kampf der Bevölkerung unaufhaltsam an. Das Bild zeigt kämpferische Jugendliche während des antizionistischen Aufstandes im November 1974

Fortsetzung auf Seite 8

Weg mit dem Minengürtel der DDR!

Durch Hochwasser wurden in der DDR Plastikminen mit je 100 g TNT-Sprengstoff aus dem Minengürtel an der DDR-Staatsgrenze herausgelöst und durch den Fluß Seege, der in die Elbe mündet, auf niedersächsisches Gebiet geschwemmt. Die Minen können durch die leichteste Berührung explodieren und einen Menschen, der auf sie tritt, zerfetzen.

Die angeschwemmten Minen stellen eine große Gefahr für die Seege-Fischer und die in diesem Gebiet lebenden Menschen dar. Darüberhinaus kann nicht ausgeschlossen werden, daß Minen auch in die Elbe getrieben wurden, wo sie das Leben der Fischer auf das Höchste gefährden würden.

Daß die Minen jetzt angeschwemmt wurden, kann den Unbillen der Natur zugerechnet werden. **Das eigentliche Verbrechen der Honeckerclique und ihrer sowjetischen Oberherren liegt in der Existenz des Minengürtels selbst.** Denn welchen

Fortsetzung auf Seite 8

Zum neuen Jahr

Kohlepreise um 10 Prozent erhöht

Ab 1. Januar sind die Kohlen erneut teurer geworden. Nachdem die Kohlenpreise seit dem letzten Dezember bereits zwei- und die Kokspreise bereits dreimal erhöht wurden, haben die RAG-Kapitalisten jetzt erneut durchschnittlich 10% auf die Preise aufgeschlagen. Damit sind zum Beispiel die Kokspreise in diesem Jahr um 47% gestiegen.

Die D„K"P-Revisionisten prangern diese 10%ige Preissteigerung in ihrer Zeitung „UZ" auf der ersten Seite an. Man vermißt allerdings in diesem Artikel den „entschlossenen Kampf der D„K"P für den Preisstop", der im Moment eine der Hauptaktivitäten der modernen Revisionisten darstellt. Nach dieser Theorie der D„K"P-Revisionisten sollen die Werktätigen dafür kämpfen, daß der imperialistische Staatsapparat den Konzernen verbietet, ihre Preise zu erhöhen. Es ist kein Zufall, daß diese Propaganda gerade in einem Artikel über die Preissteigerungen der Ruhrkohle AG fehlt, sondern man stattdessen eine lahme Kritik an der Bonner Regierung und der Regierung in Düsseldorf findet, die diesen Preiserhöhungen offensichtlich zugestimmt hatten.

Daß der kapitalistische Staat den Preiserhöhungen zugestimmt hat, ist zwar richtig, aber eben nur die halbe Wahrheit. **In Wirklichkeit war es der kapitalistische Staat selbst, der diese erneuten Teuerungslasten für die Werktätigen beschlossen hat.** Denn seit 1967, dem Jahr der Gründung der RAG und dem Beginn des großen Zechensterbens ist der kapitalistische Staat maßgeblich an der RAG beteiligt. Über die VEBA (40% der Aktien im Bundesbesitz, der Rest Streubesitz), über die Gelsenberg AG (Besitzer RWE Essen, Stimmenmehrheit bei der „öffentlichen Hand") und über die Salzgitter AG (Bundesbesitz) gehören dem Staat 37% der Aktien der RAG. Der Rest verteilt sich auf die großen Stahlkonzerne Hoesch, Thyssen und Krupp und die Alteigentümer der Zechenverbände. Der kapitalistische Staat, der angeblich über die Kartellgesetze bemüht ist, zu verhindern, daß einzelne Monopole Alleinherrscher über Produktion und Absatz in einer Branche werden, treibt somit selber die Monopolisierung voran.

Wie diese Monopolisierung gemacht wird, um die Profite der Monopole über Subventionen mit Hilfestellung bei Massenentlassungen, Rationalisierung und Preistreiberei zu erhöhen, ist eine Tatsache, die allen Preisstop-Wünschen an den kapitalistischen Staat ins Gesicht schlägt.

Aber nicht genug damit, ist der imperialistische Staat bestrebt, insgesamt auf dem für die gesamte Wirtschaft und vor allem auch für die Rüstung bestimmenden Energiemarkt die Monopolisierung voranzutreiben. So wird gleichzeitig, wenn am 1. Januar die Kohlepreise erhöht werden, eine neue Erdölgesellschaft aus der Taufe gehoben, die aus den den beiden größten Aktionären der RAG, nämlich der VEBA und der Gelsenberg AG gebildet wird. Das riesige Startkapital für diese Gesellschaft, die den ausländischen Konzernen Konkurrenz machen soll, aber ist aus den Knochen der Arbeiter der staatseigenen Betriebe gepreßt und über die Steuergelder den

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

UNO-Vollversammlungen: Supermächte immer stärker isoliert .... S. 2
Grußadressen .... S. 2
Osram Westberlin: Erneuter Angriff auf rote Jugendvertreter .... S. 3
Stillegungen geplant? .... S. 3
Korrespondenzen .... S. 3
Fachhochschule Bochum: Revisionisten als Streikbrecher .... S. 4
Grußadresse des ZK der KPD/ML zum 6. Jahrestag der Gründung der Partei .... S. 5/6
Gesinnungsurteil gegen Reutlinger Genossen: Bevölkerung auf der Seite der Kommunisten .... S. 7
Sofortige Freilassung des Genossen Marzini! .... S. 7
Tagung der Führungsclique der „S"ED: Beschlüsse im Dienst der neuen Zaren .... S. 8
Konferenz der revisionistischen Parteien Europas: Sowjetrevisionisten bekräftigen Herrschaftsanspruch .... S. 8
30. Jahrestag der Gründung der vietnamesischen Volksarmee .... S. 9

Grussadressen

Genosse Enver Hoxha
1. Sekretär des Zentralkomitees
der Partei der Arbeit Albaniens

Genosse Haxhi Lleshi
Präsident des Präsidiums der Volksversammlung

Genosse Mehmet Shehu
Vorsitzender des Ministerrates der VR Albanien

Zum 29. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Albanien entbietet das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten der Partei der Arbeit Albaniens, der Regierung der Volksrepublik Albanien und dem gesamten albanischen Volk herzliche, brüderliche Kampfesgrüße. Die Volksrepublik Albanien ist für die Werktätigen unseres Landes ein leuchtendes Vorbild im Kampf für den Sozialismus.

Mit kommunistischem Gruß
ZK der KPD/ML, Ernst Aust, 1. Vorsitzender

An das
Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten

Werte Genossen!

Zum 10. Jahrestag des Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten entbieten wir Euch unsere brüderlichen Kampfesgrüße. Als das Zentralkomitee Eurer Partei am 17.12.1964 zusammentrat und im prinzipienfesten Kampf gegen den modernen Revisionismus das Statut der Partei und ihre politische Linie festlegte, bedeutete das einen qualitativen Schritt vorwärts im Kampf für die bewaffnete Revolution in Spanien, im Kampf für die Föderative Volksrepublik Spanien.

Die spanische Arbeiterklasse wird nicht nur ausgebeutet und unterdrückt von der spanischen Oligarchie, sondern ebenso von deren Herren, den US-Imperialisten, für die Spanien ein wichtiger Stützpunkt ist im Kampf um die Erringung der Vorherrschaft in der Welt gegen den sowjetischen Sozialimperialismus, der wie in Westeuropa, auch in Spanien versucht, Einfluß zu erringen und seinen Gegner, den US-Imperialismus, zu schwächen.

Es zeigt den verbrecherischen Charakter der revisionistischen Carillo-Clique („K"PS), daß sie die spanische Arbeiterklasse an die Herrschaft der spanischen Oligarchie ketten will und so gegen das spanische Volk arbeitet.

Seit dem 17.12.1964 hat die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten nicht nachgelassen, den modernen Revisionismus als den Hauptfeind in der Arbeiterbewegung zu entlarven und unermüdlich alle seine Manöver zur Verhinderung einer bewaffneten, revolutionären Erhebung des Volkes aufzudecken und zu bekämpfen. Weil die KPSp/ML stets an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus festhielt, gelang es ihr, in den sich großartig entwickelnden Massenkämpfen das Vertrauen der spanischen Arbeiterklasse zu erwerben und den Einfluß des modernen Revisionismus mehr und mehr zurückzudrängen. Die KPSp/ML hat in diesem Kampf keine Opfer gescheut. Dutzende ihrer besten Genossen wurden in die Franco-Gefängnisse geworfen und zum Teil sogar ermordet wie Jose Delgado Acero und Cipriano Martos, die ohne zu zögern ihr Leben für die Revolution gaben. Das Beispiel dieser Genossen ist auch für uns Vorbild und Aufruf zum unerbittlichen Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus.

Gerade das letzte Jahr hat allen fortschrittlichen Menschen gezeigt, daß der faschistische Terror des Imperialismus den fortschreitenden Sieg der Revolution nicht aufhalten kann. Die Gründung der Revolutionären Antifaschistischen und Patriotischen Front Spaniens nach langjähriger Vorbereitung war ein großartiger Sieg der spanischen Arbeiterklasse und ihrer Partei. Ihre Kraft und ihr Vertrauen in der spanischen Arbeiterklasse erweist sich gerade jetzt in den letzten Wochen, in denen der revolutionäre Klassenkampf des spanischen Volkes einen großartigen Aufschwung erlebt.

Genossen, die Verbundenheit des spanischen und des deutschen Volkes hat eine große und ruhmreiche Tradition. Sie wurde in den Tagen des spanischen Bürgerkrieges geschmiedet und lebt heute fort in unserem gemeinsamen Kampf für den Sozialismus gegen die beiden Supermächte, die die Welt in einen dritten Weltkrieg stürzen wollen, gegen den westdeutschen Imperialismus, der nicht nur das deutsche, sondern auch das spanische Volk ausbeutet und unterdrückt. Wir können Euch deshalb, im Namen unseres Volkes, versprechen, daß die deutschen Werktätigen immer aktiv an der Seite ihrer spanischen Klassenbrüder stehen werden in ihrem Kampf für die Föderative Volksrepublik Spanien.

ES LEBE DIE KPSp/ML!
ES LEBE DAS SPANISCHE VOLK!
ES LEBE DIE FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK!

Im Namen des Zentralkomitees
der KPD/ML
Ernst Aust, 1. Vorsitzender

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens
An den Generalsekretär der KPP
Genossen Kazimierz Mijal

Zum 9. Gründungstag der Kommunistischen Partei Polens entbietet das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten der Kommunistischen Partei Polens und der polnischen Arbeiterklasse herzliche, brüderliche Kampfesgrüße. Die KPD/ML steht solidarisch an der Seite des polnischen Volkes und seiner marxistisch-leninistischen Vorhutpartei in seinem Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und die revisionistische Gierek-Clique für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in Polen. Unsere Parteien und Völker stehen im Kampf für den Sozialismus Seite an Seite gegen den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus und gegen den revanchistischen westdeutschen Imperialismus.

Mit kommunistischem Gruß
ZK der KPD/ML, Ernst Aust, 1. Vorsitzender

An das Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

Liebe Genossen!

Wir möchten Euch und über Euch allen Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten zum 6. Jahrestag der Gründung Eurer Partei unsere herzlichen kommunistischen Kampfesgrüße übermitteln.

Dieser Tag ist nicht nur der 6. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, sondern er knüpft an die ruhmreiche Tradition der KPD an, die vor 56 Jahren von Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründet wurde und unter Führung des Genossen Ernst Thälmann das deutsche Proletariat im Kampf gegen die Bourgeoisie führte.

Wir wünschen Eurer Partei Erfolg bei der Festigung und Ausweitung ihrer Reihen im Kampf gegen alle Abweichungen, bei der Verankerung in der Arbeiterklasse, bei der Verbreitung des Marxismus-Leninismus und der Mao Tsetung-Ideen, beim Kampf gegen den Revisionismus und den westdeutschen Imperialismus, gegen den internationalen Imperialismus mit den beiden Supermächten – dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus an der Spitze –, so daß die sozialistische Revolution siegreich durchgeführt werden kann.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten!
Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!
Es lebe die kämpferische Solidarität des deutschen Proletariats mit dem iranischen Volk!
Es lebe der proletarische Internationalismus!
Vorwärts im Geiste der Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung!

Mit kommunistischen Grüßen
marxistisch-leninistische Organisation Toufan

Wandel in den UNO-Vollversammlungen

Supermächte immer stärker isoliert

Besonders nach der Verabschiedung der letzten Palästina-Resolution durch die UN-Vollversammlung, auf der der PLO auch der Beobachterstatus zuerkannt wurde, erhoben die Regierungen einiger imperialistischer Länder ihre Stimme, um den „moralischen Verfall" der UNO zu beklagen. Der Hintergrund für dieses Wehklagen der Imperialisten aber ist die Tatsache, daß die UN-Vollversammlung den Plänen der Imperialisten, insbesondere der beiden Supermächte, immer häufiger eine schwere Abfuhr erteilt.

So äußert die Bonner Regierung nach der Palästina-Debatte: „Die Mehrheit der 3. Welt ist offenbar immer weniger geneigt, auf die Haltung der westlichen Staaten Rücksicht zu nehmen. Dadurch wird der Zweck der UNO denaturiert und eine gefährliche Polarisierung gefördert... Wenn die Mehrheit der UNO sich nicht darum bemüht, auch die Meinung der Minderheit zu berücksichtigen, dann besteht auf lange Sicht die Gefahr, daß die Vereinten Nationen ihre Basis als Diskussionsforum aller Nationen verlieren."



Begeisterter Jubel brauste auf, als die Vollversammlung der UNO am 25. Oktober 1971 die Wiederherstellung aller legitimen Rechte der VR China in den Vereinten Nationen beschloß. Seither hat die VR China stets für den Zusammenschluß der Länder der 3. Welt gegen die beiden Supermächte auch in der UNO beharrlich gekämpft

Allerdings weigern sich die Länder der 3. Welt immer entschiedener, „Rücksicht" auf die Imperialisten zu nehmen. Und es ist der blanke Hohn, wenn die Imperialisten voller Selbstmitleid jammern, sie seien eine Minderheit und wenn sie im Namen der „Moral" fordern, die Mehrheit müsse ihre Meinung „berücksichtigen". Welche Rücksicht kennen denn die Imperialisten? Ist die Aggression des US-Imperialismus gegen die Völker Indochinas vielleicht rücksichtsvoll? Von wieviel Rücksichtnahme zeugen denn die von ihnen dort begangenen Massenmorde, die napalmverbrannten Kinder, deren Eltern im Hagel ihrer Bomben umkamen? Welche Rücksicht nimmt der sowjetische Sozialimperialismus auf die von ihm unterdrückten Völker?

Die Imperialisten und vor allem die beiden Supermächte haben die Völker der 3. Welt barbarisch unterdrückt und bis aufs Blut ausgepreßt und wo sie nicht vertrieben sind, ist das auch heute ihre Politik. Gewaltsam versuchen sie die Völker in Rückständigkeit zu halten, damit sie von ihnen abhängig bleiben. Auf ihr Konto geht die Hungersnot in vielen Ländern der 3. Welt, die Hungerleichen in den Straßen Bombays und den Dörfern Äthiopiens.

Wenn die Imperialisten jetzt über die „verlorengegangene Moral" der UNO jammern, dann meinen sie nichts anderes als die imperialistische Moral der Ausplünderung und Unterwerfung, des Neokolonialismus, der Aggressionskriege und des Völkermordens. **Jahrzehntelang haben die Imperialisten die UNO als ihr ureigenes Werkzeug betrachtet. Sie haben sie benutzt, um ihren Verbrechen gegen die Völker auch noch den Namen der „Völkerverständigung" und der „Friedensbemühungen" umzuhängen.**

Hier ist in der Tat eine wichtige Wandlung eingetreten. Die Völker der Welt erkennen immer klarer, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder nur im Kampf gegen den Imperialismus, vor allem gegen die beiden Supermächte erfolgen kann. Mit der Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO hat der Zusammenschluß der Völker gegen die Supermächte einen großen Aufschwung genommen. Das sozialistische China und die Volksrepublik Albanien geben den Völkern im Kampf gehen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte voran. Auf allen wichtigen UN-Vollversammlungen der letzten Zeit waren die Imperialisten und besonders die beiden Supermächte völlig isoliert. **Diese „Polarisierung" aber werden die Imperialisten nicht mehr rückgängig machen können. Sie ist Ausdruck der großen historischen Strömung, daß die Staaten die Unabhängigkeit, die Nationen die Befreiung und die Völker die Revolution wollen.**

Kohlepreise um 10 Prozent erhöht

Fortsetzung von Seite 1

Werktätigen aus der Tasche geholt worden.

Wer angesichts dieser Tatsachen, die beweisen, daß der kapitalistische Staat heute von den Monopolen direkt zur Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen eingesetzt wird, der Arbeiterklasse empfiehlt, sich mit der Bitte um Preisstop an eben diesen Staat zu wenden, der verfolgt keinen anderen Zweck, als die Werktätigen vom revolutionären Klassenkampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat abzuhalten.

Kurz berichtet

TÜBINGEN:

Im Dezember 1974 erschien die erste Nummer der Zeitung „Das revolutionäre Bündnis", herausgegeben vom KSB/ML (Sektion ROTE GARDE) Tübingen. Diese Nummer



der Zeitung propagiert das Bündnis der Studenten mit der Arbeiterklasse, die die führende Kraft der Revolution ist. Andere Artikel sind dem 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens, der Ermordung des Genossen Holger Meins, der Metalltarifrunde '74 und den Antikriegstagsprozessen gewidmet. In einem Artikel der Zelle Sozialpädagogik entlarvt die Zeitung den reaktionären Charakter der bürgerlichen Psychiatrie und ruft auf, gegen diese Form der bürgerlichen Wissenschaft an der Universität den Kampf zu führen.

HANNOVER:

Am 29. November fand in Hannover eine Albanienveranstaltung statt, die auf großes Interesse stieß. Der Agit-Prop-Trupp von Hannover eröffnete die Veranstaltung mit revolutionären Liedern. Ein Dia-Vortrag und ein Film über Albanien vermittelten ein anschauliches Bild vom sozialistischen Aufbau. In der anschließenden Diskussion meldete sich unter anderem ein albanischer Kollege aus Kossovo zu Wort. Er erzählte, wie er als Partisan unter großen Entbehrungen und Strapazen mitgeholfen habe, die faschistischen Banden zu verjagen. Daraufhin stand ein Kollege auf, der Vertrauensmann in einem Hannoveraner Großbetrieb ist. Er erzählte, wie die deutschen Soldaten damals gegen die Partisanen aufgehetzt wurden. Als er dann aber in der Gefangenschaft mit den Partisanen zusammengekommen sei, habe er begriffen, daß sie für ihre Freiheit kämpfen würden. Nach diesem Kollegen sprach noch ein weiterer Albaner aus Kossovo. Aus seinen Worten klang große Liebe zur PAA und zu Genossen Enver Hoxha. Die jugoslawischen Revisionisten aber wollen diese Liebe zum Sozialismus unterdrücken. So wäre der Kollege fast ins Gefängnis gekommen, weil er in seinem Wohnzimmer ein Bild des Genossen Enver Hoxha hing. Am Ende der Veranstaltung sprach noch eine Genossin der Gesellschaft der Freunde Albaniens, bei der sich gleich einige Besucher der Veranstaltung zur Mitarbeit meldeten.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert.) Tel. 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben) Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Osram/Westberlin

Erneuter Angriff auf rote Jugendvertreter

Seit die roten Jugendvertreter bei Osram in Westberlin im letzten Jahr allen Bemühungen von Betriebsleitung und Betriebsrat zum Trotz von den Jugendlichen wiedergewählt wurden, hat Osram nichts unversucht gelassen, die Lehrlinge gegen die Jugendvertretung aufzuhetzen und die Genossen aus dem Betrieb zu werfen.

Zunächst wurden sie „wegen Arbeitsmangel" entlassen. Diese Entlassungsbegründung war aber so offensichtlich falsch, daß die roten Jugendvertreter den Prozeß gewannen. Eine einstweilige Verfügung erreichte sogar, daß die beiden wieder an ihrem alten Arbeitsplatz arbeiten konnten.

Da gründeten die Osram-Kapitalisten — obwohl sie damit sogar gegen das reaktionäre BVG verstießen, eine sogenannte „Interessengemeinschaft" neben der Jugendvertretung. Außerdem versuchten sie, die Lehrlinge zu erpressen, indem sie ihnen die schultheoretische Unterweisung strichen. Die „Interessengemeinschaft" lieferte die Begründung und schob diesen Angriff auf die Lehrlinge den Jugendvertretern in die Schuhe: „Die Auszubildenden haben durch die Jugendvertretung ein gestörtes Betriebsklima zu den Meistern, durch die dauernde Beschimpfung an die Ausbilder, daß die Ausbildung zu schlecht sei. Dies wurde in Flugblättern und auch mündlich bekundet. Die Folge davon ist, daß in sämtlichen Lehrjahren die schultheoretischen Unterweisungen vollkommen gestrichen wurden." Mit anderen Worten: die Lehrlinge sollen „zugeben", wie gut die Ausbildung bei Osram ist, sie sollen statt auf die Kapitalisten auf die Jugendvertretung schimpfen — dann wird die schultheoretische Unterweisung auch wieder eingeführt.

Ein anderes Mittel der Kapitalisten bei Osram, um die Lehrlinge einzuschüchtern, war, daß zu den Jugendversammlungen ein ganzer Schwarm von Vertretern der Geschäftsleitung kam, obwohl sogar das reaktionäre BVG nur einen Vertreter erlaubt. Welche Wirkung es aber hat, wenn bei 25 Lehrlingen 6 oder 7 Vertreter der Kapitalisten dabei sind, das kann man sich leicht vorstellen.

Bei der letzten Jugendversammlung am 19. 12. saßen nun wieder 4 von der Osram-Geschäftsleitung dabei. Die Jugendvertretung erklärte geschlossen, daß die Lehrlinge sich das nicht länger bieten lassen und forderte die Geschäftsleitungsvertreter auf, bis auf zwei den Raum zu verlassen. Die Kapitalistenvertreter störten sich jedoch nicht daran, sondern bestritten sogar, daß die Jugendvertretung Hausrecht habe. Die Jugendvertreter entlarvten vor den Lehrlingen, daß die Kapitalisten, wenn es darum geht, gegen die Arbeiterklasse vorzugehen, sogar ihre eigenen Gesetze brechen — und zwar ungestraft. Um den Lehrlingen das zu beweisen, holten die Jugendvertreter die Polizei, wobei sie den Lehrlingen schon voraussagten, daß sie nicht gegen die Kapitalistenvertreter vorgehen werde. So geschah es natürlich auch. Ein Polizist kam, forderte die Kapitalistenvertreter auf zu gehen und meinte dann zu den Lehrlingen: „Wir werden gegen die keine Gewalt anwenden, das werden Sie ja wohl verstehen."

Die Jugendvertreter nutzten das noch einmal aus, um zu zeigen, wie die Polizei selber zugibt, in wessen Dienst sie steht: im Dienst der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Obwohl die Lehrlinge hier einen „Anschauungsunterricht" über die Polizei erhielten, war diese Vorführung von den roten Jugendvertretern aus nicht richtig. Kommunisten wissen, daß der kapitalistische Staatsapparat und die Polizei Instrumente der Kapitalisten zur Unterdrückung der Arbeiterklasse sind und nicht etwa neutral zwischen den Klassen stehen. Ihre Aufgabe ist es deshalb, die Arbeiter von der Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat zu überzeugen und in diesem Kampf voranzugehen. Nicht aber, sie in Fallen tappen zu lassen, wie in diesem Fall geschehen. Daß es bei dieser Maßnahme nicht vor allem darum ging, Kampferfolge zu erzielen, sondern vor den Lehrlingen die „Klugheit" ihrer Jugendvertretung zu demonstrieren, zeigt sich nicht zuletzt auch daran, daß auf diese Weise die Kapitalistenvertreter nicht entfernt wurden, sondern bis zum Ende der Versammlung dabeiblieben.

Und nicht nur das. Noch am selben Tag erhielten die roten Jugendvertreter erneut ihre fristlose Kündigung. Begründung: sie hätten den „Betriebsfrieden gestört". Der Betriebsrat stimmte der Kündigung sofort zu. Mit dieser erneuten Kündigung werden die Osram-Kapitalisten allerdings wahrscheinlich nicht mehr Glück haben als mit ihren anderen Versuchen, die roten Jugendvertreter aus dem Betrieb zu werfen. Die Lehrlinge und die älteren Kollegen bei Osram werden diesen unverfrorenen Angriff auf ihre rote Jugendvertretung nicht einfach hinnehmen. Die ROTE GARDE und die Partei werden entschlossen den Kampf für die Wiedereinstellung der Genossen führen.

Stillegungen geplant?

In der „Opel-Post" Nr. 10/74 erklärte einer der Opel-Bosse: „Ganz allgemein gesprochen, laufen wir Gefahr, daß sich im Zuge der steigenden Herstellungskosten Teile der Inlandsproduktion in solche Länder verlagern, in denen bei zunehmender Industrialisierung das Lohnniveau unter dem unseren liegt."

Inzwischen mehren sich bei Opel Bochum die Gerüchte, daß die General Motors-Kapitalisten Betriebe in Bochum stillegen wollen, um in Spanien, wo die Löhne der Arbeiter erheblich niedriger sind, mit höherem Profit zu produzieren. Betriebsstillegungen in Bochum aber würden bedeuten: weitere Massenentlassungen, eine erhebliche Steigerung der Zahl der Arbeitslosen in dieser Stadt, da es für sie nur schwer einen anderen Arbeitsplatz geben wird.

Während die Opel-Kapitalisten sich hinter einer Mauer des Schweigens verstecken und auch die reaktionäre Perschke-Clique im Betriebsrat nicht daran denkt, die Kollegen zu informieren, gibt es doch ziemlich eindeutige Anzeichen für solche Pläne. Bekannt ist, daß General Motors in Spanien Werke und vollständige Produktionseinrichtungen von British Leyland aufgekauft hat. Bereits im März wurde davon gesprochen, daß dort der neue Kleinwagen produziert werden soll. Jetzt heißt es weiter, daß in Spanien neunzig der neuen Kleinwagen gezogen werden sollen, in England 120 und der Rest vorläufig noch in Bochum. Kollegen von Opel Bochum erzählen, daß dort bereits eine Delegation aus Spanien ausgemessen habe. Es wurde davon gesprochen, daß die Endmontage in Bochum dichtgemacht und nach Spanien verlegt werden soll.

Für viele Kollegen steht es damit in engem Zusammenhang, wenn Gesamtbetriebsrat Rudi Hahn am 6. 11. 1974 in der „Frankfurter Rundschau" erklärte: „Durch die Abfindungsverträge würden Massenentlassungen zu diesem Zeitpunkt verhindert." Das heißt doch nichts anderes, als daß nach den 4 000 Entlassungen über die Abfindungsverträge weitere, „offene" Massenentlassungen auf die Opel-Kollegen zukommen!

Die Opel-Betriebsleitung weiß natürlich genau, daß die Arbeiter einen solchen Angriff auf ihre Existenzgrundlage sich nicht ohne weiteres gefallen lassen werden. Deshalb wird alles daran gesetzt, die Belegschaft im Unklaren zu halten und unsicher zu machen. So bezog auf einer Belegschaftsversammlung bei Opel Bochum im März, als die Stillegungsgerüchte zum ersten Mal massiv wurden, keiner der Vertreter der Geschäftsleitung Stellung, als ein Kollege Klarheit über die Stillegung forderte. Stattdessen sprang Betriebsrat Perschke ein und erklärte alles für baren Unsinn. In diesem Winter, als sich die Unruhe unter den Kollegen erneut verstärkte, ließen Kapitalisten und Betriebsrat die Belegschaftsversammlung einfach ausfallen, obwohl das sogar nach dem reaktionären BVG nicht zulässig ist.

Einzig die Opel-Betriebszelle der Partei hat in dieser Situation klar Stellung bezogen und in einem Extrablatt den Kollegen nachgewiesen, daß eine solche Stillegung von Bochumer Betrieben durchaus im Interesse der Kapitalisten liegen würde und die Kollegen zum Kampf gegen die drohenden Stillegungen aufgerufen. Die Genossen schreiben: **„Aber, Kollegen, sind Stillegungen so abwegig? Nein, die Opel-Kapitalisten, die GM-Kapitalisten interessiert es absolut nicht, was mit den Arbeitern geschieht. Ob sie auf der Straße liegen, ob sie von der lumpigen Arbeitslosenunterstützung ihre Familie ernähren müssen, oder von der noch geringeren Sozialhilfe. Für ihren Profit gehen die Imperialisten selbst über Leichen. Augenblicklich wollen sie lieber in Spanien produzieren, wo sie die Arbeiter unter dem Druck der Faschisten noch mehr ausbeuten können, wo sie keine Sozialversicherung usw. zahlen brauchen. Aber auch dort werden die Arbeiter, die sich jetzt schon zu Tausenden im Streik befinden, den Opel-Bossen einen Strich durch die Rechnung machen. (...) Auf keinen Fall dürfen wir uns von irgendwelchen Dementis oder fadenscheinigem Gelaber von Perschke einwickeln lassen. Wir kennen diese Methode zur Genüge von den Massenentlassungen. (...) Kollegen, verlangt sofortige Klarstellung und trefft jetzt schon Vorbereitungen, denn wenn Stillegungen erfolgen, müssen die Brokken fliegen."**



Kaufhausbau auf dem Rücken der Arbeiter

Nachdem in Marburg die alten Stadtsäle abgerissen waren und das Grundstück veräußert werden sollte, ergab sich für die ortsansäßige Firma Ahrens die schon lange gesuchte Möglichkeit der Expansion. Das bestehende Kaufhaus wurde umgebaut und erweitert.

Während des Umbaus im bestehenden Kaufhaus ging der Verkauf selbstverständlich weiter. Profit sollte in jedem Fall gemacht werden. Staub, Baudreck und Lärm mußten von den Angestellten und Kunden in Kauf genommen werden. Die Verkäuferinnen waren teilweise so eingestaubt, daß, wenn sie den Kopf schüttelten, eine große Staubwolke um sie herum war.

Durch sehr knapp bemessene Bauzeiten und den daraus resultierenden Schwierigkeiten, die Termine zu halten, waren sämtliche Firmen gezwungen, ihre Leute bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu treiben. Schließlich wollten die Firmen auch ihren Profit herausholen. Von vielen Kapitalisten wurden Arbeiter eingestellt, ausschließlich zu dem Zweck, die Termine zu halten.

Wie sieht es inzwischen nach Fertigstellung aus?

Bei den an diesem Bau beteiligten Firmen wurden Kollegen entlassen. Man braucht ihre Arbeitskraft nicht mehr. Ahrens und Konsorten scheren sich einen Dreck darum, ob die Arbeiter auf der Straße liegen. Hauptsache, die Bevölkerung kann noch besser zur Kasse gebeten werden.

Wer denkt heute noch daran, daß bei dieser Arbeitshetze und dem ständigen Druck auch ein Menschenleben zu beklagen ist? Es war ja „nur" ein ausländischer Kollege, und die „Sicherheitsvorschriften" waren sämtlich eingehalten. „Niemanden" trifft eine Schuld, er hätte eben besser aufpassen sollen.

Aber wo ist die Sicherheitsvorschrift, welche die zwangsläufige Müdigkeit und die damit verbundene oberflächliche Beachtung der eigenen Sicherheit einbezieht, die sich bei 16- und mehrstündiger körperlicher schwerer Arbeit einstellt?

Kurz vor der Eröffnung, als man allgemein feststellte, welche Engpässe noch zu überwinden waren, gab es für die Anforderungen, die an uns Arbeiter gestellt wurden, keine Grenzen mehr. Überstunden, Nachtarbeit auch an den Wochenenden. Jegliche Reserven wurden aus uns gequetscht. Mit Versprechungen, Sonderzuschlägen und Prämien versuchte man die ständig steigende Unzufriedenheit unter den Kollegen gering zu halten.

In der Hoffnung, den Arbeitsplatz nicht zu verlieren und z. T. durch Versprechungen der Kapitalisten geblendet, gaben die Kollegen ihr letztes, und so war die Fertigstellung bis zum festgesetzten Termin möglich.

Dies beweist, die Kapitalisten, wer sie auch immer seien, versuchen mit allen Mitteln ihre Ziele zu erreichen. Daß sie dabei vor nichts zurückschrecken, wird uns ständig vor Augen geführt.

Rot Front! Ein Sympathisant der KPD/ML.

Mit Asbest heimtückisch ermordet

Vor einiger Zeit erzählte mir ein Kollege von HDW in Kiel von den Gefahren, denen die Arbeiter durch den Umgang mit Asbest ausgesetzt sind. Wozu Asbest gebraucht wird, ist wohl den meisten Menschen klar, aber wie schädlich es für den Menschen sein kann, habe zumindest ich bisher nicht gewußt. Asbest hat nämlich unter bestimmten Bedingungen eine tödliche Wirkung: kommt es in eine offene Wunde, dann setzt es sich da fest und wächst dort weiter wie ein Krebsgeschwür.

Der Kollege, der mir das erzählte, war früher Isolierer bei der Firma Gossler (Fremdfirma auf HDW Kiel) und hatte wohl einmal eine kleine Wunde am Finger, in die Asbest gekommen ist. **Um mir zu beweisen, was er sagte, nahm er eine Stecknadel, stach sich damit in den Finger und holte mit der Nadel eine da gewachsene Faser reinen Asbests heraus.**

Nun ist so etwas am Finger zwar unangenehm, aber nicht besonders gefährlich. Aber wenn man z. B. eine Erkältung hat, d. h. irgendwelche wunden Stellen in der Lunge oder den Atemwegen, dann setzt sich auch da Asbest fest und wuchert dort. Wird das nicht rechtzeitig entdeckt und operativ entfernt, geht man elendig zu Grunde. Der Kollege erzählte, daß sie jahrelang kämpfen mußten, bis die Berufsgenossenschaft die Asbestlunge überhaupt als Berufskrankheit anerkannt hat. Isolierer werden jetzt alle zwei Jahre auf Asbestlunge untersucht. Aber Zimmerleute auf HDW arbeiten auch mit Asbest. Sie schneiden Asbestplatten mit der Handkreissäge. Jeder kann sich vorstellen, wieviel Asbeststaub dabei entsteht. Die Zimmerleute, aber auch Elektriker auf den Schiffen **werden aber nicht untersucht und auch nicht über die Gefahren bei ihrer Arbeit informiert. Wenn es aber erst weh tut in der Lunge nach ein paar Jahren, dann ist es schon zu spät für eine Operation. Dann ist es nur noch die Frage, wieviel Jahre ihnen noch übrig bleiben.** Und wenn man zum Arzt geht, dann ist die Diagnose meistens Lungenkrebs! (Zuviel geraucht!).

Überhaupt ist Asbest für jeden frei zu kaufen. Asbestanzüge, Eternit und hundert andere Sachen basieren auf Asbest. Davon lebt eine ganze Industrie. Z. B. mitten in Hamburg, in Hamburg-Bergedorf, eine große Asbestfabrik. Der Kollege, der mir die Sache erzählt hat, kann auf einen Schlag 10 Mann aufzählen, die mit Asbest heimtückisch ermordet worden sind. (Ganz zu schweigen von den Kollegen, die das Asbest in den Herkunftsländern abbauen).

Die Kapitalisten, die bürgerliche Presse und die Ärzte aber schweigen. Weil Sicherungsmaßnahmen für die Kapitalisten zu teuer wären, nehmen sie alle die Gefährdung und den grausamen Tod von Arbeitern in Kauf.

Revisionistisches

ARBEITSLOSIGKEIT IN DER SOWJETUNION

Entgegen allen Behauptungen der modernen Revisionisten über das gesicherte Leben der Werktätigen in der Sowjetunion, treffen sie in immer stärkerem Maße Teuerung, Inflation und Arbeitslosigkeit.

Um hohe Profite zu erzielen, können die sowjetischen Manager in Übereinstimmung mit dem „Neuen Ökonomischen System" selber über die Einstellung und Entlassung der Arbeiter entscheiden, den Lohn festsetzen, Strafen oder Belohnungen an die Arbeiter und die Belegschaft austeilen. Die Arbeitskraft ist in der UdSSR wieder zur Ware geworden. Selbst die sowjetische Presse enthüllt, daß eine große Anzahl sowjetischer Arbeiter und Angestellter im letzten Jahr entlassen wurden. Um die Ausbeutung zu verschärfen und die Arbeitsintensität zu erhöhen, hat zum Beispiel das Chemiekombinat Schekino in der Nähe von Moskau in wenigen Jahren mehr als 1 300 Arbeiter entlassen. Die „Schekinoer Erfahrung" wurde innerhalb der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion breit publiziert und angepriesen. So beschimpfte der Direktor der Verwaltung der Eisenbahn in Podolsk die Arbeiter beständig und warf jeden hinaus, „*der gegen ihn seine Stimme erhob oder auch nur seinen eigenen Standpunkt vertrat.*" Während er im Amt war, *verloren 318 Arbeiter der insgesamt 350 Mann starken Belegschaft ihren Arbeitsplatz.*" Von insgesamt 150 Arbeitern in einer Fabrik in Schelyabinsk, *wurden 120 Arbeiter fortgejagt.*" Die führenden Personen eines Textilkombinats in Daschenbi gingen besonders übel gegen die Arbeiterinnen vor. Eine junge Arbeiterin zum Beispiel wurde entlassen, weil sie konsequent ihren Standpunkt vertrat. Ihr Personalausweis wurde eingezogen und sie konnte keinen anderen Arbeitsplatz mehr finden. Sie suchte zwei Monate lang in einer anderen Stadt und beging dann Selbstmord. Der Leiter der Kollektivfarm in Smolensk war berüchtigt für sein Geldstrafensystem. Eine sowjetische Zeitung schreibt: „*Oft sah man eine Notiz: Diesem oder jenem wurde der Arbeitslohn für so und soviel Tage gekürzt – um 15, 20 oder 25 Rubel. Es passierte oft, daß, wenn du deinen Lohn holen wolltest, Geld abgezogen war, ohne daß du wußtest, warum.*"

Unter solchen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, daß die Fluktuation der Arbeitskräfte in der Sowjetunion ziemlich groß ist. Diese sogenannten „wandernden Arbeiter" machen zum Beispiel ein Viertel aller Arbeiter Georgiens aus und ein Drittel der Arbeiter in Tiflis. Sie werden in zwei Kategorien eingeteilt, in die „Entlassenen" und die „Freiwilligen Abgänge". Wie es zu solchen „freiwilligen Abgängen" kommt, ist jedem Arbeiter in den kapitalistischen Betrieben bestens bekannt. Ungeachtet ihres mageren Einkommens müssen die Werktätigen in der Sowjetunion tausenderlei Steuern und Abgaben zahlen. Sowjetische Statistiken zeigen an, daß allein die Wohnsteuern von 5 600 Millionen Rubeln im Jahre 1960 auf 15 000 Rubel im Jahre 1972 anstiegen. Darüberhinaus müssen die Werktätigen der Sowjetunion einen ständig wachsenden Anteil ihres Lohnes für den Lebensunterhalt ausgeben. So stieg zum Beispiel der Fleischpreis seit 1960 um 40%.

Diese Tatsachen beweisen, daß die Sowjetunion ein kapitalistisches Land ist mit den gleichen Grundübeln für die Arbeiterklasse wie bei uns in Westdeutschland auch. Durch die Tatsache, daß in der Sowjetunion die Produktionsmittel in den Händen des Staates liegen, ändert sich daran gar nichts. Denn dieser Staat ist keine Diktatur des Proletariats, sondern ein Instrument der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion.

Fachhochschule Bochum

Revisionisten als Streikbrecher

An verschiedenen Fachhochschulen des Landes Nordrheinwestfalen wurden in den letzten Wochen Kampfmaßnahmen gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz (HRG) beraten und durchgeführt. Die Entwicklung des Kampfes an der Fachhochschule Bochum, Abteilung Sozialwesen, zeigt, daß die modernen Revisionisten des „M"SB Spartakus (Studentenorganisation der D„K"P) dabei eine direkt konterrevolutionäre Rolle spielten.

Der „M"SB hat sich bisher vor den Studenten als Gegner des Hochschulrahmengesetzes aufgespielt. Und als vor einiger Zeit an der Fachhochschule Hagen gegen das HRG gestreikt wurde, da kritisierte der „M"SB diese Kampfaktion als „isoliert", was von den meisten Studenten so verstanden wurde, daß der „M"SB für einen geschlossenen Streik aller Fachhochschüler sei. An der Fachhochschule Bochum lief nun vom 11. – 13.12.74 eine Urabstimmung über einen unbefristeten Streik gegen das HRG. Zunächst sah es so aus, als würden der „M"SB und der AStA der Fachhochschule, der von den modernen Revisionisten beeinflußt ist, diesen Streik unterstützen. **Bis dann vom Bundesvorstand des „M"SB die Anweisung kam, den Beginn des Streiks zu verhindern. „Begründung": Der Zeitpunkt sei ungünstig, weil die Bevölkerung ihn sofort mit der Baader-Meinhoff-Gruppe in Verbindung bringen und deshalb nicht unterstützen würde.** Daraufhin zog der AStA die Wahlurnen vorzeitig ein. Daß diese unverschämte Begründung des Bundesvorstandes allerdings nur ein Vorwand war, um offen gegen den Streik auftreten zu können, zeigte sich daran, daß die „M"SB-Mitglieder ihre Anhänger und Bekannten schon vorher aufgefordert hatten, gegen den Streik zu stimmen.

Trotzdem fehlten bei der Abstimmung nur drei Stimmen an einer Mehrheit für den Streik. Gestützt auf diese – wenn auch knappe – Niederlage, begannen die modernen Revisionisten dann die „mangelnde Kampfbereitschaft" der Studenten anzuklagen, die einen Streik sowieso unmöglich mache und versuchten die Studenten einzuschüchtern, indem sie unkten, die letzten Semester würden ihre Examen nicht machen können. Die 3. Semester, die vor dem Praktikum stehen, würden dies nicht anerkannt bekommen.

Daß Schulleitung und Kulturministerium Angriffe gegen die Studenten starten würden, war natürlich klar. Deshalb hatten fortschrittliche Studenten auch dafür geworben, von vorneherein in das Kampfprogramm die Forderung aufzunehmen: „Anerkennung der Streikzeit als Studienzeit." Obwohl ein Mitglied des „M"SB, der Versammlungsleiter war, diese Studenten nicht ausreden ließ, stimmte die Versammlung gegen die Stimmen des „M"SB für einen Streik bis zum 14.1.75.

Um die Streikfront zu brechen, ließen die modernen Revisionisten für den nächsten Tag Versammlungen für die einzelnen Semester einberufen. Auf einer anschließenden Versammlung wurden die Beschlüsse bekanntgegeben. Für die 1. Semester sollte ein Mitglied des „M"SB berichten. Die Studentin behauptete, die 1. Semester hätten den Studenten des 3. Semester empfohlen, nicht zu streiken, sondern ihr Praktikum anzutreten und dort „öffentlichkeitswirksame Arbeit" zu leisten. **Nach diesem Bericht standen einige anwesende Studenten des 1. Semester auf und entlarvten wütend diesen Bericht als Lüge. Nicht die Studenten hatten diesen Streikbruch empfohlen, sondern der AStA!**

Die Revisionisten entlarvten sich aber noch mehr. So meinte einer von ihnen zu der Forderung nach Anerkennung der Streikzeit als Studienzeit: die Studenten würden doch gerade für ein qualifiziertes Studium kämpfen, und ein Streiksemester sei nun doch wirklich kein qualifiziertes Studium!

Die bürgerliche Wissenschaft also, die den Studenten der Fachhochschule hier in Form von „Konfliktlösung" und „Einzelfallhilfe" beigebracht wird, um die Widersprüche des Kapitalismus zu verkleistern, ist für die modernen Revisionisten höher zu bewerten als ein Streik, als der Kampf der Studenten gegen politische Unterdrückung durch das HRG! **Als Höhepunkt ihrer Kampagne gegen den revolutionären Klassenkampf der Studenten denunzierte der „M"SB schließlich zwei Studenten als „Mitglieder der KPD/ML", die für den Streik nur agitieren würden, um in Ruhe ihre Hausarbeit für das Examen schreiben zu können!** Solche Denunziationen sind aber genau die, die der kapitalistische Staatsapparat braucht, um fortschrittliche Sozialarbeitern nach dem reaktionären Gesetz über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeitern die Anerkennung zu verweigern!

Zum guten Schluß inszenierten die modernen Revisionisten dann noch – zwei Tage nach dem Streikbeschluß der Vollversammlung – eine Abstimmung über die Beendigung des Streiks, die knapp zu ihren Gunsten ausging. Dieses Vorgehen der modernen Revisionisten hat viele Studenten empört. Die modernen Revisionisten haben hier offen gezeigt, daß ihre radikalen Worte wie ihre Taten nur einem Ziel dienen: Der Durchsetzung der Interessen der Bourgeoisie!

Bilanz der "Stern"-Aktion für Äthiopien

Am deutschen Wesen soll Äthiopien genesen

Rechtzeitig zu Weihnachten brachte der „Stern" die Bilanz der aufwendigen „Hilfsaktion" gegen die Hungersnot in Äthiopien. Rund 18 000 000 DM wurden gespendet. Zieht man die Beträge ab, die westdeutsche Imperialisten investierten, um ihr Image in Äthiopien und in der Welt zu heben, so bleiben immer noch Millionen, die von den Werktätigen unseres Landes gegeben wurden, um einem Volk in Not zu helfen. Und gerade ihr Wunsch nach echter Hilfe wird mißbraucht, wenn ihre Spenden als Baustein zu einem chauvinistischen Feldzug benutzt werden, nach dem Motto: Am deutschen Wesen könnte Äthiopien genesen!

Angeblich um den Stern-Lesern zu zeigen, was aus ihrem Geld geworden ist, fuhren Stern-Reporter durch Äthiopien. In Wahrheit aber einzig und allein zu dem Zweck, um in den ehemaligen Hungersnotgebieten auf immer andere Fragen immer die gleiche Antwort zu geben: Werden in Wollo, wo tausende von Kindern sterben mußten, noch einmal Kinder sterben müssen? – Nein, denn „Deutsche" sind dabei, die Bewässerung zu regulieren. Wird eine erneute schlechte Ernte die gleichen katastrophalen Folgen haben? – Nein, denn „Deutsche" haben eine Straße gebaut, auf der schneller Hilfe gebracht werden kann. Wird man in Wollo weiter hilflos sterben müssen? – Nein, denn „Deutsche" haben eine schöne Gesundheitsstation gebaut.

Natürlich weiß der „Stern" ganz gut, daß nicht Henri Nannen in glühender Hitze Steine gewälzt und Felsen geebnet hat. Die Werte, die in Äthiopien neu geschaffen wurden, sind einzig und allein das Werk hunderter äthiopischer Arbeiter. Aber der „Stern" schafft es trotzdem, selbst ihre Arbeitsleistung den „Deutschen" zuzuschreiben. Denn nur unter der „guten deutschen Anleitung" waren die Äthiopier keine Faulpelze und Drückeberger. Der „Hohe Lohn" (3 Kilo Reis bzw. 2 DM pro Tag) brachte sie dazu, sich um die Arbeit zu reißen. Was unterscheidet diesen Ton noch von dem der Kolonialherren alten Stils?

Und logischerweise gab es natürlich „Menschen aus dem Volk", aber auch äthiopische Gouverneure, die die Hände über dem Kopf zusammenschlugen, als die Stern-Mannschaft ihre Siebensachen packte. Da wird ein blindes, 14-jähriges Mädchen aufgefahren, das nicht weiß, was es machen soll, wenn die „guten Deutschen" weg sind. Da heißt es: „Und was wird, wenn die Deutschen gehen?" „Dann", sagte Hassan und machte ein furchtsames Gesicht, „müssen wir alle sterben'." Was also liegt näher – auch wenn es der „Stern" nicht direkt ausspricht – als die Schlußfolgerung, daß nur eines dem äthiopischen Volk wirklich helfen kann: deutsche Kapitalisten, die den Äthiopiern weiter Arbeit geben, für einen Lohn, der, nur in Äthiopien ein unverschämter Hungerlohn" ist, deutsche Politiker, die der Regierung „helfen", das Volk in ihrem Sinne zu regieren.

Es ist in der Tat nichts anderes als die alte Theorie der Imperialisten, daß die Entwicklungsländer untergehen müssen, wenn sie nicht die „Hilfe" der Imperialisten akzeptieren, die mit dieser „Stern"-Aktion „bewiesen" werden sollte. Wie sonst ist es auch zu erklären, daß der „Stern", der angeblich nichts im Sinn hat als das Wohlergehen des äthiopischen Volkes, „vergißt" zu erwähnen, daß es die Volksrepublik China war, die mit einem zinslosen Kredit von einer halben Milliarde die westdeutsche „Hilfe" auch materiell in den Schatten stellte? Folgerichtig heißt es auch in der „Stern"-Bilanz schließlich völlig offen, wen der „Stern" und mit ihm die westdeutschen Imperialisten, die ja diese Aktion mitgetragen haben, für den Hauptfeind des Fortschritts in ihrem Sinn halten: Das äthiopische Volk, das sich noch nicht einmal „als Volk begreift."



Bild: Demonstrierende Studenten in Addis Abeba. Das äthiopische Volk wird sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen.

Mit dieser Imperialistenlogik werden die westdeutschen Imperialisten allerdings scheitern. Das äthiopische Volk hat im letzten Jahr in großartigen Kämpfen gezeigt, daß es seinen wahren Feind kennt: die ausländischen Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte, und die einheimische Reaktion unter Kaiser Haile Selassie. Es hat sich damit eingereiht in die ständig breiter und fester werdende Front der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus.

Vom Aufbau des Sozialismus

DIE CHINESISCHEN ERFOLGE IN DER LANDWIRTSCHAFT

Die neue Ernte hat in China die guten Ernten der letzten 12 Jahre noch übertroffen. Vor allem auf dem Gebiet der Baumwolle, der ölhaltigen Früchte, des Hanfs und auf dem Gebiet der Forstwirtschaft, der Viehzucht und der Fischerei wurden große Erfolge erzielt.

Die „Rote Fahne" geht in einer ihrer jüngsten Ausgaben auf die Grundlagen dieser Fortschritte ein, die erneut beweisen, daß „Revolution plus Produktion das Ernährungsproblem der Bevölkerung lösen kann". In dem Artikel heißt es, das hervorragende Kennzeichen der landwirtschaftlichen Produktion im letzten Jahr sei die Tatsache, daß mehrere Landstriche, Volkskommunen und Produktionsbrigaden fortgeschrittene Einheiten geworden sind wie die Datschai, das nationale Vorbild. Im Norden des Gelben Flusses haben mehrere Landstriche einen durchschnittlichen Hektarertrag von 7,5 t erreicht, eine Reihe erzielten sogar 12 t pro Hektar. Drei Provinzen haben nicht nur ihre eigene Versorgung gesichert, sondern sogar noch einen Überschuß produziert. (Früher mußte der Norden Chinas immer Getreide aus dem Süden einführen.) Selbst einige Provinzen auf dem „Dach der Welt" in Tibet konnten den Titel der „Fortgeschrittenen Einheit" erwerben.

Eine gute Ernte, führt der Artikel fort, sichert nicht nur die Versorgung und verbessert die Getreidereserven des Staates, der Kollektive und der landwirtschaftlichen Haushalte, sondern erleichtert auch die Expansion der Industrie, Transport und anderen Zweigen. Sie verstärkt so die materielle Basis für das Bündnis zwischen den Arbeitern und den Bauern und die Diktatur des Proletariats.

Der entscheidende Grund dafür, daß die Entwicklung der chinesischen Landwirtschaft voranschreitet, während die Landwirtschaft in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern immer mehr in die Krise gerät, ist die Tatsache, daß in China die Arbeiterklasse die wirtschaftliche und politische Macht hat, daß in den letzten 25 Jahren immer am Hauptkettenglied, dem Klassenkampf und dem Kampf zweier Linien, geleitet von den revolutionären Mao Tsetung-Ideen, festgehalten wurde. Eine Serie von großen politischen Bewegungen folgte aufeinander – die Landreform, die landwirtschaftliche Kooperation, die Gründung der Volkskommunen, die sozialistische Erziehungsbewegung und die Große Proletarische Kulturrevolution, und jetzt die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius.

„***Wir haben das Privateigentum an den Produktionsmitteln zerschlagen***", heißt es in dem Artikel, „***und die sozialistische Wirtschaftsbasis errichtet, konsolidiert und weiterentwickelt. Die Hindernisse im Überbau, die die sozialistische wirtschaftliche Basis unterminieren und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivität behindern, werden ständig beseitegeräumt. All das hat Chinas Landwirtschaft in die Lage versetzt, den sozialistischen Weg einzuschlagen und an ihm festzuhalten.***"

Die Serien der korrekten Politik und Prinzipien, die von Vorsitzendem Mao Tsetung weiterentwickelt wurden, um die Beziehungen zwischen dem Staat, den Kollektiven und dem Individuum korrekt zu entwickeln, haben die sozialistische Begeisterung der Bauern geweckt und die Landwirtschaft in die Lage versetzt, inmitten der Stürme des Klassenkampfes und ungeachtet aller Naturkatastrophen zu gedeihen. (Nach einem Bericht der Hsinhua-Nachrichtenagentur.)



„Gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung! Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger!" Unter dieser Hauptparole reihten sich in 14 Städten Tausende Kollegen in die Roten 1. Mai-Demonstrationen ein. Wie hier in Hamburg, demonstrierten sie ihre Entschlossenheit im Kampf für die Tagesinteressen und im Kampf für den Sozialismus.



„Genosse Günter Routhier von der Polizei ermordet!" — Überall verbreitete die Partei diese Wahrheit. Und überall versuchte der bürgerliche Staatsapparat — wie hier auf einer Demonstration gegen die Ermordung des türkischen Antifaschisten Danis Neset in Köln — die Wahrheit über diesen Mord mit brutalem Terror zu unterdrücken. Der Terror der Bourgeoisie machte selbst vor dem Grab unseres ermordeten Genossen nicht Halt.

Grussadresse des Zentralkomitees der KPD/ML zum 6. Jahrestag der Gründung der Partei

Zum 6. Jahrestag der Gründung unserer Partei, zum 56. Jahrestag der Gründung der KPD durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und zum neuen Jahr entbietet das Zentralkomitee der KPD/ML der deutschen Arbeiterklasse, allen Werktätigen in Stadt und Land, den Freunden und Genossen unserer Partei herzliche, brüderliche Kampfesgrüße.

Wie im Weltmaßstab war das vergangene Jahr auch bei uns durch die fortschreitende Krise des Imperialismus und durch das Erstarken der Kräfte der Revolution und des Sozialismus gekennzeichnet. Die allseitigen Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems haben zu einer schwerwiegenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der werktätigen Massen geführt und großen Teilen der werktätigen Massen die Verrottung des kapitalistischen Systems deutlich vor Augen geführt und das Bewußtsein von der Unversöhnlichkeit des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital erhöht. Für die Bourgeoisie wird es aufgrund der ständigen Verschärfung aller Widersprüche des Kapitalismus immer schwieriger, in der gleichen Weise wie bisher zu herrschen. Auch bei uns ist die Haupttendenz der Entwicklung die Revolution und die westdeutschen Imperialisten treiben die Faschisierung ihres Staatsapparates voran. Der Mord des bürgerlichen Justizapparates an dem RAF-Genossen Holger Meins, Isolationsfolter und Vernichtungshaft in den Gefängnissen zur Liquidierung gefangener Revolutionäre, die Erschießung des Münchner Taxifahrers Günther Jendrian und des Mannheimer Arbeiters Hans-Jürgen Remiszko durch die Polizei — immer mehr Werktätige erkennen, daß dieser Terror für den Versuch der Bourgeoisie steht, erneut eine faschistische Diktatur, die dem Hitlerfaschismus an Grausamkeit in Nichts nachstehen würde, über unser Volk zu errichten.

Vor allem die Ermordung unseres Genossen Günter Routhier hat das viele Menschen erkennen lassen. Der brutale Polizeieinsatz bei jenem Duisburger Arbeitsgerichtsprozeß kam nicht von ungefähr. Er war die Reaktion des imperialistischen Staatsapparates auf die großen Kämpfe bei Mannesmann und auf den gewachsenen Einfluß der Partei unter den Kollegen. Über 150 Kollegen hatten beispielsweise durch ihre Unterschrift gegen den Gewerkschaftsausschluß und die Entlassung des Kommunisten Hanfried Brenner protestiert. So zeigt gerade Günters Ermordung, daß es der Aufschwung der Kämpfe und der wachsende Einfluß der Kommunistischen Partei ist, weswegen der imperialistische Staatsapparat zu faschistischem Terror greift, weswegen die Bourgeoisie ihre Polizei gezielt auf den Terror gegen das Volk, auf Arbeiter- und Kommunistenmord drillt, weswegen sie in den Gefängnissen mit Isolationsfolter und Vernichtungshaft die Liquidierung von Revolutionären — im Augenblick vor allem der RAF-Genossen — betreibt.

Aber die Ermordung des Genossen Günter Routhier hat auch gezeigt, daß die fortschreitende Faschisierung kein Ausdruck der Stärke, sondern der Schwäche der Bourgeoisie ist. Sie hätte einen Kommunisten erschlagen lassen, aber obwohl sie von der Polizei, über Justiz und Gerichtsmedizin bis hin zur bürgerlichen Presse ihren Herrschaftsapparat mobilisierte, um die Wahrheit über diesen Mord zu unterdrücken, standen Tausende am Grab unseres Genossen. Der ungeheure Terror konnte sie nicht davon abhalten, am Grab des ermordeten Kommunisten ein großartiges Bekenntnis zur proletarischen Revolution und zum Kommunismus abzugeben. **Daß es der Partei gelungen ist, im Kampf gegen den Terror der Bourgeoisie vielen Werktätigen die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu erklären und innerhalb weniger Tage eine nach Tausenden zählende Front der Solidarität gegen diesen Kommunistenmord herzustellen — das war ein schwerer Schlag für die Bourgeoisie.** Das zeigt ihre wütende Reaktion, die zahllosen Polizeiüberfälle auf Flugblattverteiler und Verkäufer des ROTEN MORGEN, die Überfälle auf Büros der Partei und vor allem natürlich die zeitweilig Woche für Woche erfolgende Beschlagnahme des ROTEN MORGEN. Besonders schwer wiegt dabei, daß die Bourgeoisie erstmals den Versuch gestartet hat, mit der Grundsatzerklärung der KPD/ML, ein grundlegendes programmatisches Dokument unserer Partei zu verbieten. Der Terror der Bourgeoisie nach der Ermordung des Genossen Günter Routhier war sicherlich der bisherige Höhepunkt der Verfolgungsmaßnahmen gegen unsere Partei.

Der verschärfte Terror der Bourgeoisie, die Beschleunigung der Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates haben der Frage nach der richtigen Führung des antifaschistischen Kampfes eine noch größere Bedeutung verliehen. So malen auch die modernen Revisionisten der D„K"P/„S"EW, die sogenannte „linke" Sozialdemokratie und verschiedene opportunistische Gruppen, die sich „marxistisch-leninistisch" nennen, mit großen Buchstaben die Gefahr des Faschismus an die Wand. Sie erklären, Träger des Faschismus sei ein angebliches „Rechtskartell", das vor allem aus einigen besonders reaktionären Vertretern der Monopolbourgeoisie und der CDU/CSU, der NPD und anderen offen faschistisch auftretenden Organisationen bestehen soll. Natürlich drängen besonders aggressive Teile des Finanzkapitals auf das beschleunigte Vorantreiben der Faschisierung, aber die tatsächliche Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates zeigt eben, daß diese besonders aggressiven Teile sich durchgesetzt haben und daß nun die Monopolbourgeoisie insgesamt einschließlich ihrer politischen Parteien Kurs auf die erneute Errich-

Fortsetzung auf Seite 6



Der Trauerzug wurde von der Polizei auseinandergeknüppelt. Aber 5 000 am Grab des Genossen Günter Routhier ließen sein Begräbnis zu einer gewaltigen Manifestation der Klassensolidarität und der Entschlossenheit werden, Günters Vermächtnis, den Kampf für die sozialistische Revolution, zu erfüllen.



3 000 Hamburger stimmten bei den Bürgerschaftswahlen für die KPD/ML. Die Partei versprach den Hamburgern keine blaue Elbe und keinen Mietstopp. Sie bekämpfte alle parlamentarischen Illusionen und propagierte den revolutionären Ausweg. 3 000 Hamburger bekannten sich zur sozialistischen Revolution.

Grussadresse des Zentralkomitees der KPD/ML

Fortsetzung von Seite 5

tung einer faschistischen Diktatur genommen hat. Die modernen Revisionisten rufen auf, sich mit allem, was nicht zum „Rechtskartell" gehört, also auch mit der nichtmonopolistischen Bourgeoisie und der SPD zur „Verhinderung des Faschismus" zu verbünden. Sicherlich gibt es Widersprüche zwischen der Monopolbourgeoisie und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie. So ist die nichtmonopolistische Bourgeoisie natürlich gegen die ungeheure „Gefräßigkeit" des Monopolkapitals, von dem sie nach und nach geschluckt wird, aber sie ist ebenso entschieden für die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse. Gegen die Hoffnung auf eine gewaltsame Niederschlagung der sozialistischen Revolution durch die faschistische Diktatur wird sie es in Kauf nehmen, daß im offenen Faschismus die Stellung des Monopolkapitals ihr gegenüber noch übermächtiger wird. Was die SPD betrifft, die natürlich eine Partei des Monopolkapitals ist, so genügt die Feststellung, daß CDU/CSU, SPD und FDP gleichermaßen die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates betreiben.

Die hauptsächlich von den modernen Revisionisten verbreitete „Rechtskartell-Theorie" hat in Wirklichkeit nur eine Aufgabe: sie soll Verwirrung in die Arbeiterklasse tragen, soll vom Hauptfeind im antifaschistischen Kampf, dem Imperialismus und dem imperialistischen Staatsapparat ablenken. Sie soll den politischen Kampf der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes auf den engsten Rahmen der Verteidigung gewisser „demokratischer Rechte" beschränken. **Die Arbeiterklasse soll den „normalen" Kapitalismus, die „normale" Ausbeutung, die „normale" Unterdrückung verteidigen, statt zu erkennen, daß nur der gewaltsame Sturz des Imperialismus in der sozialistischen Revolution, die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats den Faschismus verhindern und die faschistische Gefahr endgültig bannen können. In Wirklichkeit verfolgen die modernen Revisionisten das Ziel, die Arbeiterklasse wehrlos gegenüber dem Faschismus zu machen, sie sind der Wegbereiter des Faschismus.**

Die konterrevolutionäre Rolle der modernen Revisionisten wird noch deutlicher, wenn wir uns die zweite, hauptsächlich von ihnen verbreitete „Faschismus-Theorie" anschauen. Sie behaupten, der Faschismus würde durch den Kampf der Kommunisten und anderer Revolutionäre „provoziert". Diese revisionistische „Theorie" erhält dadurch ihr besonderes Gewicht, daß sie von einer ganzen Reihe sich „marxistisch-leninistisch" nennender Organisationen übernommen wird. Besonders nach der Hinrichtung Drenkmanns wurde von den Opportunisten aller Schattierungen über die angeblich „konterrevolutionäre Provokation" gejammert. Aber hat die Bourgeoisie denn nur die Drenkmann-Hinrichtung und nicht auch den Streik der Kollegen von Ford, Hella usw. als „Provokation" aufgefaßt? Die Faschisierung ist doch eben die Antwort der Bourgeoisie auf die „unerhörte Provokation", daß die Kämpfe der Massen einen großen Aufschwung nehmen, daß der Einfluß der Kommunisten wächst, daß die Haupttendenz auch in unserem Land die Revolution ist. Was empfehlen uns also die modernen Revisionisten und ihre verschiedenen Nachbeter, wenn sie jammern, man solle doch bloß den Faschismus nicht „provozieren"? **Sie rufen der Arbeiterklasse und den Werktätigen unseres Landes zu: „Ertragt die Lohnsklaverei, wehrt Euch nicht gegen Ausbeutung und Unterdrückung, sonst provoziert Ihr nur den Faschismus!" Das ist es, was in Wirklichkeit hinter dem Geschrei vom „provozierten Faschismus" steckt: die Massen sollen vom revolutionären Kampf abgehalten, ja zurückgezerrt werden. Das laute Geschrei der modernen Revisionisten gegen die „faschistische Gefahr" dient nur als Vorwand für die Hetzparolen gegen die revolutionäre Bewegung.**

Der Faschismus wird nicht aus heiterem Himmel von irgendeinem „Rechtskartell" errichtet, er wird erst recht nicht durch die revolutionäre Bewegung „provoziert". Faschismus und Krieg — das ist letztlich der einzige Ausweg, den die Bourgeoisie aus der politischen Krise ihrer Herrschaft noch zu sehen glaubt. Die Verschärfung der inneren Widersprüche des Imperialismus läuft zwangsläufig auf die Alternative Faschismus oder proletarische Revolution, Sozialismus oder Barbarei hinaus. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, der Arbeiterklasse und dem gesamten werktätigen Volk den revolutionären Ausweg zu weisen: den Sozialismus, der nur durch die proletarische Revolution erkämpft werden kann.

Diese Aufgabe hat die Partei auch bei ihrer Teilnahme an den Hamburger Bürgerschaftswahlen erfüllt. Von Anfang an hat unsere Partei bei ihrem Eingreifen in den Hamburger Wahlkampf keinen Zweifel daran gelassen, daß nur die sozialistische Revolution den Faschismus verhindern, der Arbeiterklasse die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung bringen kann. Die Bourgeoisie wollte die Partei zwingen, wenigstens in ihren Wahlsendungen im Rundfunk und im Fernsehen auf die klare Entlarvung des Parlamentarismus und auf die Propagierung der gewaltsamen Revolution zu verzichten. Die Partei konnte diesen Angriff zurückschlagen. Bereits die Tatsache, daß die Partei die Teilnahme an der Wahl und damit ihre Anerkennung als politische Partei erzwingen konnte, war ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen die Kriminalisierungsversuche gewesen. Er trug wesentlich dazu bei, daß der Versuch der Bourgeoisie, im Dortmunder Oßwald/Schulte-Prozeß die Partei über den Umweg der damals längst aufgelösten ZB-Organisation zur „kriminellen Organisation" zu erklären, zurückgeschlagen werden konnte. **Weil die Partei im Hamburger Wahlkampf keinen Abstrich von ihrer revolutionären Linie machte, weil sie sich nicht auf tausend kommunalpolitische Versprechungen einließ, sondern klar die Entlarvung des Parlamentarismus zum Schwerpunkt ihres Wahlkampfes machte, erhalten die 3 000 Hamburger Stimmen für die Partei ein besonderes Gewicht: es sind Stimmen gegen den von modernen Revisionisten propagierten „friedlichen, parlamentarischen Weg zum Sozialismus", Bekenntnisse zur gewaltsamen sozialistischen Revolution.**

Die Partei hat im zurückliegenden Jahr große Fortschritte bei der Lösung ihrer gegenwärtigen Hauptaufgabe, der Gewinnung der Vorhut der Arbeiterklasse für den Kommunismus, gemacht. Die Verankerung der Partei in den Betrieben ist vorangeschritten. Erfolge in diesem Kampf fallen nicht vom Himmel und werden nicht hauptsächlich durch zündende Parolen auf Flugblättern und in Betriebszeitungen errungen. Und die Kollegen sind auch nicht durch einen wortradikalen Auftritt auf der Betriebsversammlung, der zur anschließenden Entlassung führt, zu gewinnen. Die tagtägliche Erfahrung zeigt uns, daß der Weg zur Gewinnung der fortschrittlichsten Arbeiter für den Kommunismus nur über die systematische Überzeugungsarbeit, über die enge Verbindung mit den Massen im Kampf führt. Nur wo die Partei es versteht, die Propagierung der Revolution und des Sozialismus mit der Unterstützung der Kämpfe der Kollegen zu verbinden, wo sie an den Sorgen und Nöten der Massen anknüpft, statt sie mit allgemeinen Parolen abzuspeisen, schreitet die Arbeit voran. Der Mut und die Unerschrockenheit gegenüber dem Klassenfeind zeichnet den Kommunisten aus, aber die wirklich bolschewistische Haltung erfordert ebenso den unermüdlichen Einsatz in der revolutionären Kleinarbeit, im Kampf für die Überzeugung und Gewinnung der Kollegen; denn die Kommunistische Partei kann nur dann ihre Aufgabe als Vortrupp der Arbeiterklasse erfüllen, wenn sie auch wirklich Trupp der Klasse, untrennbar mit ihr verbunden ist.

Im nächsten Jahr wird die weitere Verschärfung des Klassenkampfes die Partei vor große Aufgaben stellen, aber hier sei nur ein Ereignis erwähnt, das einen wichtigen Punkt in der weiteren Entwicklung unserer Partei markieren wird: der 3. Parteitag, auf dem das Programm unserer Partei verabschiedet werden wird. In diesen Tagen hat in den Zellen die Diskussion des Programmentwurfs begonnen. Sie wird sicher eine längere Zeit in Anspruch nehmen; denn diese Diskussion wird vom Bewußtsein der großen Verantwortung getragen sein, die mit der Ausarbeitung des Programms verbunden ist. **Das Programm unserer Partei wird die allgemeinen Erfahrungen der Arbeiterbewegung zusammenfassen, es wird die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung auf die Bedingungen der proletarischen Revolution in unserem Land anwenden, es wird der Arbeiterklasse und allen Werktätigen unseres Landes den Weg aus Ausbeutung und Unterdrückung weisen und nicht nur für die nächste Zeit, sondern für eine ganze geschichtliche Periode Gültigkeit haben. Diese große Aufgabe wird unsere Partei in diesem Jahr lösen.**

Vorwärts zum 3. Parteitag!

Vorwärts zur sozialistischen Revolution!

Vorwärts zum vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland!



Über 20 000 Menschen protestierten durch ihre Unterschrift gegen die geplante Abschiebung des Rotgardisten Sascha Haschemi an das faschistische Henkersregime des Schah. Der Kampf gegen diesen geplanten Schreibtischmord an einem deutschen Kommunisten wird auch von der ROTEN HILFE unterstützt. Auf dem Bild: Genosse Sascha, zweiter von links.



In großen Massenaktionen nahmen die Bauern den Kampf gegen ihre fortschreitende Ruinierung durch die Monopole auf. Unter der Losung: „Bauer — dein Feind ist der Kapitalismus! Arbeiter und Bauern eine Kampffront!" nahm die Partei die Arbeit unter dem Landvolk in Angriff. Wie hier auf einer Bauernkundgebung in Aachen stieß die Partei unter den Klein- und Mittelbauern überall auf großes Interesse.



Auch 1974 fanden, wie hier in Kiel, in mehreren Städten Demonstrationen zum Roten Antikriegstag statt. Die ROTE GARDE, die Jugendorganisation unserer Partei, weist der Jugend im Kampf gegen den Militarismus den Weg. Am Roten Antikriegstag machte die Partei klar, daß die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg von der Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft ausgeht.



Die Unterstützung des Befreiungskampfes der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker im Geist des proletarischen Internationalismus nahm auch im vergangenen Jahr einen hervorragenden Platz in der Arbeit unserer Partei ein. Die VR China und die VR Albanien feierten den 25. bzw. 30. Jahrestag ihrer Befreiung. Wie hier auf einer Albanienveranstaltung in Westberlin, propagierte die Partei die sozialistischen Länder als leuchtendes Vorbild im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Gesinnungsurteil gegen Reutlinger Genossen

Bevölkerung auf der Seite der Kommunisten

Lothar K. ist Kommunist und Arbeiter in einer Reutlinger Firma. Im Sommer nahm er an der Veranstaltung teil, auf der Genosse Klaus Kercher verhaftet wurde. Er wird selber festgenommen, am gleichen Tag aber wieder freigelassen. Am 18.12.74 fand in Reutlingen ein Prozeß gegen ihn statt wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" und ‚Körperverletzung."

Im Zuschauerraum des Gerichts saßen an die 25 Polizisten, die meisten von ihnen uniformiert. Die Verhandlung begann mit der Personalienfeststellung des Genossen. Die Anklageschrift gab an, der Genosse sei berufslos. Nur unter Androhung einer Ordnungsstrafe konnte Genosse Lothar, den der Richter um jeden Preis als asoziales, arbeitsscheues Element hinstellen wollte, angeben, daß er Arbeiter ist. Bald darauf ließ das Gericht den Zuschauerraum räumen, nur die Polizisten blieben. Die ausgeschlossenen Genossen riefen jedoch von draußen Parolen und zogen dann in die Innenstadt. Hier konnten sie nicht nur die große Empörung, sondern auch aktive Solidarität feststellen. So verteilten Menschen, die noch nie etwas mit der Partei zu tun hatten, mit Flugblätter. Es war so offensichtlich, daß die Bevölkerung auf der Seite der Kommunisten stand, daß die in unmittelbarer Nähe wartenden Polizisten nicht einzugreifen wagten.

Der Prozeß ging währenddessen mit verschärftem Terror weiter. Genosse Lothar durfte auch in den Verhandlungspausen den Saal nicht verlassen. Nicht nur dem angeklagten Genossen, sondern auch dem Verteidiger wurde verboten, Erklärungen abzugeben. Als ein Befangenheitsantrag wegen dieses unverschämten Vorgehens des Richters abgelehnt wurde, verließ der Verteidiger den Saal. Genosse Lothar verweigerte von nun an ebenfalls die Aussage. Daß dieser Prozeß mit langer Hand vorbereitet war, um einen Kommunisten verurteilen zu können, zeigte sich besonders deutlich an den Aussagen der beiden Polizeizeugen. So hatte der Polizist, den Genosse Lothar angeblich geschlagen haben soll, seine geschwollene Lippe nach sage und schreibe drei Monaten zur Anzeige gebracht!

Für das Gericht stand die „Schuld" des Angeklagten natürlich trotzdem fest. **Das Urteil: ein Monat Gefängnis und 1 000 DM Geldstrafe.** Begründung: Normalerweise reiche ja in so einem Fall eine Geldstrafe. Der Angeklagte habe jedoch seinen Prozeß in die Öffentlichkeit getragen und Störungen im Gericht provoziert. Deshalb sei eine Gefängnisstrafe notwendig. **Deutlicher konnte der Richter nicht sagen, daß hier ein Gesinnungsurteil gefällt wurde, daß der Genosse bestraft wurde, weil er seinen Prozeß zur Tribüne des Klassenkampfes machte.**

Sofortige Freilassung des Genossen Marzini!

Am 28.1.1975 beginnt in München ein Prozeß gegen drei Genossen der GRF und eine Genossin der „Roten Hilfe" e.V., die bei einer Demonstration gegen den NPD-Parteitag am 12. Oktober 1974 verhaftet worden waren. Einer der Genossen, Hanns Marzini, ist seit dem 12. Oktober in U-Haft, das sind mittlerweile drei Monate.

Sofort nach seiner Verhaftung hatte das bürgerliche Klassengericht festgestellt, bei Genossen Hanns bestünde Fluchtgefahr, weil er Ausländer sei. Bis zum ersten Haftprüfungstermin 10 Tage später kam dann noch ein ‚erschwerender Grund' hinzu: Die Firma Agfa, bei der Hanns Marzini arbeitete, kündigte ihm, weil er in U-Haft war. Das Gericht wiederum konnte jetzt feststellen, ein „arbeitsloser Ausländer" sei auf jeden Fall der Flucht verdächtig. Daß es sich hier um ein abgekartetes Spiel handelte, um einen Revolutionär fertigzumachen, zeigt sich schon daran, daß noch nicht einmal das Arbeitsgericht den Kündigungsgrund der Firma Agfa akzeptierte und die Agfa Kapitalisten auch sogleich zu einem „Vergleich" bereit waren, nachdem sie Hanns Marzini dafür, daß er den Betrieb nicht mehr betreten sollte, 3 Monate Lohn weiterzahlen wollten. Ein „Vergleich", den Genosse Marzini allerdings ablehnte.

Mit üblen Verleumdungen antwortete das Gericht dann auf die Haftbeschwerde des Genossen. Hier wird die Aufrechterhaltung des Haftbefehls nicht nur damit begründet, daß Genosse Marzini Ausländer ist, sondern außerdem damit, daß „überzeugte Kommunisten" sowieso vaterlandslose Gesellen seien. Um das besser zu „untermauern', versteigt sich der Haftrichter zu der Behauptung, der Genosse, der mit seinem Wohnsitz ordnungsgemäß gemeldet ist, sei „praktisch" ohne festen Wohnsitz, da er in einer Kommune lebe, was nicht stimmt.

Weiter behauptet der Haftrichter, es sei „nicht überzeugend", wenn Genosse Marzini in seiner Beschwerde geschrieben habe, die angebliche Fluchtgefahr erweise sich schon dadurch als Lüge, daß er als Kommunist ein Interesse an einem öffentlichen Prozeß habe. Wörtlich: „Die Erfahrung hat nämlich gezeigt, daß auch ‚erklärte Kommunisten' unter dem Druck einer erheblichen Straferwartung dazu neigen, ihre Überzeugung mindestens vorübergehend hintanzustellen, um einer Bestrafung zu entgehen." **Diese angebliche ‚Erfahrung' des Haftrichters ist in Wirklichkeit nichts als eine erbärmliche Lüge. Niemals haben zum Beispiel Genossen der KPD/ML auch nur einen Moment ihre ‚Überzeugung hintangestellt'. Sie sind im Gegenteil oft genug deshalb zu besonders hohen Strafen verurteilt worden, weil das Gericht sehen mußte, daß auch Gefängnisstrafen unsere Genossen nicht eingeschüchtert haben, sondern im Gegenteil ihre Kampfentschlossenheit zum Sturz dieses imperialistischen Staatsapparats noch verstärkt haben. Wer seine „Überzeugung hintanstellt", das sind einzig und allein die modernen Revisionisten, die sowieso nur den Worten nach Kommunisten sind, und die Opportunisten aller Schattierungen.**

Gleichzeitig aber versucht der Haftrichter hiermit, dem Genossen eine Eselsbrücke zu bauen nach dem Motto: „Gib ruhig klein bei, wir bescheinigen dir schon, daß du trotzdem ein Kommunist bist." Andernfalls, daran läßt der Richter keinen Zweifel, steht eine hohe Strafe fest. „Der Beschuldigte hat eine erhebliche Freiheitsstrafe zu erwarten. Die Verteidigung der Rechtsordnung erfordert bei Delikten derart, wie sie der Beschuldigte begangen hat, die Verhängung einer erheblichen Freiheitsstrafe." **Kein Kommunist wird sich allerdings auf einen solchen Kuhhandel mit der bürgerlichen Klassenjustiz einlassen, sondern diesen Justizterror vielmehr entlarven, um vor den Massen den einzigen Ausweg aus der politischen Unterdrükkung propagieren: die sozialistische Revolution.**

7 572 DM Strafe – weil sie zum Kampf gegen die Ermordung des Genossen Günter aufriefen

Zwei Genossen aus Aachen, Genosse Paul M. und Genosse Reinhard M. haben vor kurzem zwei Strafbefehle über insgesamt 7 572 DM zugeschickt bekommen, weil sie zwei Flugblätter zur Ermordung des Genossen Günter Routhier verteilt bzw. presserechtlich verantwortlich unterzeichnet haben sollen.

Ausschlaggebend für die Höhe des Strafbefehls, gegen den die beiden Genossen Einspruch erhoben haben, ist offensichtlich folgende Passage aus der Strafbegründung:

„Sie gehören der ‚Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)' oder deren Jugendorganisation ‚Rote Garde' an. Erklärtes Ziel der KPD/ML ist die Zerschlagung des ‚bürgerlichen Staatsapparates' und die Errichtung einer ‚proletarischen Diktatur'. Im Rahmen ihrer Bestrebungen, möglichst große Teile der Bevölkerung zum Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik und deren Organe zu mobilisieren, startete die ‚KPD/ML' im Juni 1974 in zahlreichen Städten eine sich über mehrere Wochen erstreckende Hetzkampagne gegen die Polizei..."

Das beweist klar, daß es der Bourgeoisie nicht nur darum geht, einen politischen Mord an einem Kommunisten zu vertuschen. Sie kämpft gegen die KPD/ML, die den Massen anhand der Ermordung des Genossen Günter Routhier zeigte, daß es angesichts der brutalen Unterdrückung der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes, wie sie sich hier zeigte, keinen anderen Ausweg gibt als die bewaffnete Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die Resonanz, die die Partei mit ihrer Propaganda gefunden hat, die Zahl derer, die sie im Kampf gegen die Ermordung des Genossen Günter mobilisieren konnte, hat die Bourgeoisie offenbar so erschreckt, daß sie – wie auch in diesem Strafbefehl – zunehmend gezwungen war, offen die marxistisch-leninistische Linie der Partei anzugreifen. Damit aber läßt sie einen entscheidenden Teil ihrer demokratischen Fassade fallen und zeigt noch mehr Menschen ihr wahres Unterdrückergesicht.

Anschlag auf Parteibüro in Westberlin

In der Nacht vom 27. auf den 28. 12. 1974 traten zwei Männer im Westberliner Parteibüro der KPD/ML die Jalousien und die Schaufensterscheiben ein. Der Hausmeister des Hauses, in dem dieses Büro gemietet ist, sah die beiden Männer nur noch fortlaufen. Es ist nicht bekannt, wer diesen Anschlag verübte.

Dies ist innerhalb eines Vierteljahres der dritte Anschlag auf das Parteibüro in Westberlin. **Bereits zweimal war nachts ebenfalls von unbekannten Tätern die Schaufensterscheibe durchschossen worden. Diesmal holten die Westberliner Genossen die Polizei, um Anzeige zu erstatten.** Die Polizisten kümmerten sich allerdings nicht für 5 Pfennig um den angerichteten Schaden. Sie interessierte allein, ob im Schaufenster des Büros, das gleichzeitig ein Buchladen ist, Literatur auslag, die „zur Gewalt aufrufe". Ausserdem verlangten sie, daß die vor dem Laden aufgestellten Stellschilder entfernt würden. Dieses Vorgehen der Polizei beweist einmal mehr, daß es absolut nicht die Aufgabe der Polizei ist, „Gewalttaten" zu verfolgen. Terror gegen Kommunisten wird von ihr nicht nur gedeckt, sondern gleichzeitig noch zum Anlaß genommen, eine Hausdurchsuchung durchzuführen mit dem Ziel, neue „Beweise" für die Verfolgung der KPD/ML zu finden.

KORRESPONDENZEN

BREMEN:

Genossen, ich schreibe Euch aus dem Krankenhaus. Ihr sollt wissen, wie man hier krank gemacht wird. Die ersten Wochen dachte ich, es sei ja gar nicht so schlimm. Nette Schwestern und eine ziemlich großzügige Regelung bei der Besuchszeit.

Nun, nach der Operation bekam ich bestimmte Tabletten, von denen man zuckerkrank werden kann. Man hatte mich zwar damals auf Zucker untersucht (ich war gesund), aber vergessen, einen „Provokationstest" zu machen, wie ich zufällig mitbekam. Nun, nach zwei Wochen bekam ich Durst, immer mehr Durst. Als ich 3 – 4 Liter pro Tag trank, sagte ich dem Arzt Bescheid. Es sollte ein Test gemacht werden, was aber vergessen wurde. **Inzwischen war ich auf 6 Liter am Tag. Dann endlich wurde der Test gemacht: Der Wert war 475, also kurz vor dem Koma!** Inzwischen hatte meine Frau Urlaub für die Zeit zwischen Weihnachten und Silvester eingereicht, weil ich drei Tage Urlaub kriegen sollte, Das wurde jetzt hinfällig. Meine Frau konnte ihren Urlaub natürlich auch nicht rückgängig machen.

Doch weiter: Ich mußte viermal täglich ins Labor, um die Blutzuckerwerte feststellen zu lassen. Danach wurde mir Insulin gespritzt und danach das Essen zusammengestellt. Da das ca. eineinhalb Stunden dauert, ist das Mittagessen fast immer kalt.

Oder bei unserer Weihnachtsfeier: alle saßen im Flur an der Tafel, schön angezogen. Aber das Krankenhaus hatte es nicht für nötig gehalten, Diabetikerkuchen zu bestellen. So durfte ich dasitzen und zugucken, wie alle Kaffee und Kuchen verzehrten.

Oder: Ich bekomme auf einmal Mittagessen. Vorsichtshalber frage ich die Schwester: „Darf ich denn schon essen?" Die Schwester sagt ja, fragt aber noch einmal nach. Eine Minute später stürzt sie herein: „Sie dürfen nicht!" – und nimmt das Essen weg. Das geht jede Mahlzeit so. Einmal gehe ich deshalb extra hin und frage. Mir wird gesagt: „Heute erst essen, dann Labor und Spritze." Gut. Ich bin gerade mit Essen fertig, stürmt die Schwester herein: „Haben Sie etwa schon gegessen? Aber Sie müssen doch erst gespritzt werden. Das kann bei Ihren Werten gefährlich sein.'

So geht das andauernd. Der eine sagt Hü, der andere Hott. Das Ergebnis ist, daß man eher krank als gesund wird. Im Sozialismus wird das anders sein. Da wird nicht einzeln vor sich hingewurstelt, da arbeiten Arzt, Schwester und Patient als Kollektiv zusammen. Da wird man auch gesund gepflegt.

Genossen, ich möchte Euch zum 6. Jahrestag der Partei alles Gute wünschen und viel Erfolg auf dem eingeschlagenen Weg. Ich werde Euch nach Kräften unterstützen. Besonders, wenn ich wieder mal hier rauskomme. Ich möchte mich noch ganz besonders herzlich bei der Partei bedanken, weil die Genossen mich hier besucht haben und mir so helfen, schnell wieder gesund zu werden. Das ist eine große Hilfe.

Ein herzliches Rot Front!
Euer C.

MAINZ:

Am 14.11.74 spätabends wurden die RAF-Mitglieder Klaus Jünschke und Wolfgang Grundmann in die Uni-Klinik Mainz eingeflogen. Nach dem Mord an Holger Meins und den breiten Solidaritätsaktionen in der ganzen BRD konnte sich die Bourgeoisie vorläufig keinen zweiten Mord erlauben.



Stacheldrahtverhau um Uniklinik Mainz.

Nachdem sich mehrere Kliniksdirektoren geweigert hatten, sie zu behandeln, wurden die beiden aus „Sicherheitsgründen" in ein noch nicht bezugsfertiges Gebäude, den Neubau der Hautklinik, verlegt.

Sie wurden von insgesamt 200 Bullen im Schichtdienst mit Maschinenpistolen, Gewehren Polizeihunden, Funkgeräten bewacht. Nach einigen Tagen wurde vom BGS das ganze Gebäude mit Stacheldrahtverhau abgeriegelt, mit Scheinwerfern angestrahlt und die Umgebung mit automatischen Kameras überwacht.

Die Beschäftigten, Patienten und Besucher der Uni-Kliniken wurden ständig von den Bullen belästigt und über den Gesundheitszustand der RAF-Genossen belogen.

Die Kliniksleitung und die Revisionisten versuchten gemeinsam, die Diskussion in der Klinik zu verhindern. So verhinderten z.B. D„K"P und „K"BW-Sympathisanten, daß ein Artikel in die ÖTV-Betriebszeitung kam. An mehreren Tagen wurden Flugblattverteiler der ROTEN HILFE Mainz und anderer revolutionärer Organisationen festgenommen. Die D„K"P aber durfte ihre Betriebszeitung ungestört verteilen.

In der Kantine hielten sich ständig Zivilspitzel auf und der Kliniksfriseur hatte Anweisung, in seinen Räumen keine Diskussion über die RAF und den Polizeiterror zu dulden.

Wenn sich viele Beschäftigte der Uni-Klinik auch noch haben einschüchtern lassen, haben doch viele, die es bisher noch nicht wußten, gesehen, was politische Unterdrückung bedeutet.

Ein Krankenpfleger sagte z.B., er habe am Anfang auch gesagt: „Laßt sie doch verhungern!" Inzwischen hätte er aber eingesehen, daß die RAF-Genossen mit ihrem Hungerstreik recht hätten: „Wenn man nicht revolutionär ist, machen einen die Grünen revolutionär."

Einige Beschäftigte der Uni-Klinik Mainz

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

WESTBERLIN:

Am 23.12.1974 wurde in Westberlin ein Genosse zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er angeblich an der verbotenen Demonstration gegen die Ermordung des Genossen Holger Meins teilgenommen und dabei Steine auf ein Polizeifahrzeug geworfen haben soll. Das, obwohl selbst das Gericht in seiner Urteilsbegründung feststellen mußte, es sei „ungeklärt", ob er tatsächlich ein Polizeifahrzeug getroffen habe. Der Genosse war vom 11.11.74, dem Tag der Demonstration, bis zum 23.12. in Haft gehalten worden.

MÜNCHEN:

Vor kurzem fand in München ein weiterer Prozeß gegen einen Zuschauer des Prozesses gegen den Genossen Sascha Haschemi und zwei andere Demonstranten des Roten Antikriegstages 1972 statt. Wegen „Hausfriedensbruch' war Genosse Peter M. per Strafbefehl zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Es wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen und er mußte sich in den letzten Monaten zweimal wöchentlich bei der Polizei melden. Im Prozeß entlarvte der Genosse, daß der „Hausfriedensbruch" von vorneherein geplant war, um eine größere Anzahl von Genossen festnehmen und verurteilen zu können. Staatsanwalt Sachse selbst hatte zugegeben, daß er schon vor der Verkündung des Ausschlusses der Öffentlichkeit die Tür des Vorraums – dem einzigen Ausgang aus dem Gerichtsgebäude – durch Posten besetzen und fast unmittelbar nach der Ausschlußverkündung hatte zusperren lassen. Durch den guten Kampf des Genossen und der Partei konnte in diesem Prozeß ein Freispruch erkämpft werden. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Das ist inzwischen in vier Verfahren der dritte Freispruch für die Zuschauer in dem betreffenden Antikriegstagsprozeß.

KÖLN:

Im Juli 1974 war Genosse Roland G. zusammen mit drei anderen Genossen bei der Demonstration gegen die Ermordung des türkischen Patrioten Danis Neset und des Mitglieds der KPD/ML, Günter Routhier, festgenommen worden. Er wurde im Polizeiwagen und auf der Wache mißhandelt und in der Zelle mit dem Fuß an den Bettpfosten gekettet. Der Genosse erhielt jetzt einen Strafbefehl über 1 000 DM wegen angeblichen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung. Der Genosse bittet in Bezug auf den kommenden Prozeß die anderen drei Genossen, sich bei der Redaktion des ROTEN MORGEN zu melden, damit sie als Zeugen für ihn aussagen können.

KIEL:

Wegen seiner Teilnahme am Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter Routhier erhielt der Kieler Genosse Dirk St. einen Strafbefehl über 400 DM.

Israelische Zionisten drohen mit Aggressionskrieg

Fortsetzung von Seite 1

Doch dieser Wunsch droht immer mehr in die Ferne zu rücken. Denn mit dem Aufschwung des Zusammenschlusses der Dritten Welt, der kämpfenden Völker der Welt gegen den Imperialismus und insbesondere gegen die beiden Supermächte, hat auch der Kampf der arabischen Völker für Freiheit und Unabhängigkeit an Stärke gewonnen. Die Flammen dieses Kampfes haben die beiden Supermächte im letzten Oktoberkrieg nur durch einen Kraftakt von Drohungen und Erpressungen ersticken können. Zudem haben die arabischen Länder ihr Erdöl zu einer mächtigen politischen Waffe in ihrem Kampf gemacht, was beiden Supermächten und der ganzen imperialistischen Welt große Schwierigkeiten bereitet. Der Kampf des palästinensischen Volkes in Israel selbst hat seit dem Oktoberkrieg ständig an Breite zugenommen. Unterstützt durch die Völker der Dritten Welt, insbesondere durch das sozialistische China und das sozialistische Albanien, wurden die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes anerkannt, wurde der PLO die rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes durch die UNO zuerkannt.

Dieses ständige Erstarken der Front der arabischen Völker und insbesondere des palästinensischen Volkes hat beiden Supermächten den Schreck in die Knochen gejagt. Und beide haben in Wladiwostok ihre Pläne zur Unterdrückung der arabischen Völker festgelegt. Die sowjetischen Sozialimperialisten, indem sie jährlich 60 000 jüdische Sowjetbürger nach Israel auswandern lassen und zugleich unter der Maske des Freundes in den arabischen Reihen Sabotage treiben wollen, die US-Imperialisten, indem sie offen mit ihrem Schützling Israel den Krieg gegen die arabischen Länder organisieren.

Schon im Oktober hat Präsident Ford erklärt: „Wir brauchen eine massive Mobilisierung, bis wir siegen – und wir werden siegen." Kurz darauf veröffentlichte die US-Zeitschrift Newsweek konkrete Kriegspläne für den Nahen Osten: amerikanische Marinelandetruppen sollen im Ernstfall die arabischen Ölquellen besetzen. Kurz darauf tauchte bereits im arabischen Golf der amerikanische Flugzeugträger „Constellation" auf, mit 1 500 Mann US-Landetruppen. Zugleich wurden die israelischen Zionisten für Millionen Dollar bis auf die Zähne bewaffnet. Doch damit nicht genug, mobilisieren die US-Imperialisten auf internationaler Ebene.

Gespräche des US-Präsidenten Ford mit den japanischen, westdeutschen und französischen Imperialisten dienten dazu, die imperialistischen Länder unter Führung des US-Imperialismus gegen die arabischen Länder zusammenzurotten. Versprechungen, Drohungen und Druck sollen diesen Zusammenschluß bewerkstelligen. Insbesondere ihren Hauptbündnispartner in Europa, die westdeutschen Imperialisten, brachten die USA auf Vordermann.

US-Kriegsminister Schlesinger kam extra nach Bonn angereist, um seinem westdeutschen Kollegen klar zu machen, daß die US-Imperialisten beim nächsten Nahostkrieg aktive Unterstützung von Westdeutschland verlangen. Schlesinger: Die USA würden nicht noch einmal wie 1973 hinnehmen, daß die westdeutschen Imperialisten ihre Häfen für den Israel-Nachschub sperren. In diesem Zusammenhang verlangte Schlesinger außerdem, daß die Transport-Kapazitäten der Bundesmarine umgehend ausgebaut werden.

Hinter den Vorbereitungen der israelischen Zionisten zu einem neuen Aggressionskrieg gegen die arabischen Völker steht der Versuch des Imperialismus mit den beiden Supermächten an der Spitze, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sie werden dabei unweigerlich scheitern. Das ist ein Gesetz der Geschichte, daß die unterdrückten Völker in ihrem Kampf gegen den Imperialismus erstarken und letztlich den Sieg davontragen werden, denn ihr Kampf ist gerecht und ihm gehört die Zukunft.

Diesen gerechten Kampf der arabischen Völker und insbesondere des palästinensischen Volkes zu unterstützen und zum Durchbruch zu verhelfen, heißt für unser Volk vor allem, gegen die Einmischung der westdeutschen Imperialisten im Nahen Osten zu kämpfen und den Kampf gegen die beiden Supermächte, die Hauptkriegsstifter auf der Welt, auf dem Boden unseres Landes zu verstärken.

Nieder mit der zionistischen Aggression!

Nieder mit dem sowjetischen Sozialimperialismus und dem US-Imperialismus sowie seiner Hauptstütze in Westeuropa, dem westdeutschen Imperialismus!

Es lebe der Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker!

Weg mit dem Minengürtel der DDR!

Fortsetzung von Seite 1

Sinn hat dieser Minengürtel? Die Revisionisten behaupten, er diene wie angeblich auch die Mauer, dem Schutz gegen eine imperialistische Aggression. In Wirklichkeit aber werden durch diese Minen doch nur einfache Menschen zerfetzt, die die DDR verlassen wollen, weil sie – durch westliche Demagogie getäuscht – glauben, im „goldenen Westen' würde sie ein besseres Leben erwarten, aber oft auch, weil sie die Trennung von ihren in der Bundesrepublik lebenden Angehörigen nicht länger ertragen wollen. Und wenn es wirklich um den Schutz vor einer imperialistischen Aggression ginge, warum werden dann in der DDR nicht wie in den sozialistischen Ländern China und Albanien die Werktätigen zum Schutz ihrer sozialistischen Heimat bewaffnet?

Sie sind deshalb nicht bewaffnet, weil sie diese Waffen zuerst gegen die Honnecker-Clique und die sozialimperialistischen Besatzer richten würden. Denn die einstmals sozialistische DDR ist für die Werktätigen der DDR nach der revisionistischen Machtergreifung zu einem Gefängnis unter der Oberaufsicht der sowjetischen Sozialimperialisten geworden. Mit Mauer, Stacheldraht Schießbefehl und Minengürtel soll jeder Fluchtversuch verhindert werden, sei es auch durch barbarischen Mord. **Es ist die gerechte Forderung unseres Volkes in beiden deutschen Staaten, daß Mauer und Minengürtel weg müssen.**

Aber die westdeutschen Imperialisten haben gewiß nicht das geringste Recht, sich über die Verbrechen der Honnecker-Clique und ihrer Moskauer Oberherren zu empören. **Sie selbst haben gemeinsam mit den US-Imperialisten erwogen, einen Atomgürtel entlang der DDR-Grenze zu legen.** Und auch jetzt haben die westdeutschen Imperialsiten deutlich gezeigt, daß es ihnen überhaupt nicht um die Sicherheit der Bevölkerung, sondern nur um die Gelegenheit zur revanchistischen Hetze geht. Die westdeutschen Behörden lehnten ein Angebot der DDR, bei der Beseitigung der Minen zu helfen, ab.

Tagung der Führungsclique der 'S'ED

Beschlüsse im Dienst der neuen Zaren

Im Dezember 1974 traf sich die Führungsclique der „S"ED. Im Mittelpunkt des Berichtes von Honnecker und der Beiträge anderer führender DDR-Revisionisten standen Beschlüsse über die weitere Ausbeutung der Werktätigen der DDR, damit die neue Bourgeoisie in der DDR den Herren in Moskau den geforderten Zoll entrichten kann.

Honnecker und seine Clique konnten nicht genug das wirtschaftliche Wachstum der DDR preisen und frohlockten insbesondere über die enorme Steigerung der ‚Arbeitsproduktivität', die in Einzelfällen bis um 200% im letzten Jahr gesteigert wurde. Sie priesen dies als Beweis für den richtigen „sozialistischen" Weg der DDR unter ihrer Führung.

Das ist nichts als Augenwischerei. Sicher ist es ein Merkmal der sozialistischen Wirtschaft Albaniens und Chinas, daß die Produktivität der Arbeitskraft steigt. Aber entscheidend dafür, daß Albanien und China sozialistische Länder sind, ist die Tatsache, daß die Produktionsmittel in der Hand der Arbeiterklasse sind, daß der albanische und chinesische Staat ein Instrument der Diktatur des Proletariats ist. In der DDR dagegen wie in den anderen revisionistischen Ländern, ist die Arbeitskraft wieder zur Ware geworden, arbeitet die überwältigende Mehrheit des Volkes für den Profit einer neuen Bourgeoisie. Wenn unter diesen Bedingungen das Mitglied des Politbüros Werner Krolinowski feststellt: „Die in den Jahren 1971 bis 1973 erzielte Erhöhung des Nationaleinkommens in unserer Volkswirtschaft um 16,7% – das sind 18 Milliarden Mark – wurden nahezu ausschließlich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, das heißt bei einer fast gleichbleibenden Anzahl der Berufstätigen erreicht" – dann bejubelt er nichts anderes als den Profit, den die neue Bourgeoisie aus der Ausbeutung der Werktätigen in der DDR zog.

Honnecker selbst gab zu, daß die Wirtschaftsplanung für das nächste Jahr mit den sowjetischen Sozialimperialisten abgestimmt ist. Die Pläne der sowjetischen Sozialimperialisten aber sehen vor, anstelle von 12 Milliarden Rubel, die sie im letzten Fünfjahresplan aus den revisionistischen Ländern herausholten, jetzt sogar 18 Milliarden Rubel einzukassieren. Eingetrieben werden sollen sie durch den für die sowjetischen Sozialimperialisten bewährten ungleichen Handel: Lieferung zu überhöhten Preisen' und Einkauf zu Spottpreisen.

Die totale Auspowerung und Abhängigkeit der Wirtschaft der DDR konnte auch auf der Tagung der Führungsclique der „S"ED nicht völlig vertuscht werden. So stellte Werner Jarowinski, Spezialist für Außenhandel, fest: „Heute gibt es keinen Bereich unserer Volkswirtschaft mehr, der in seiner Entwicklung nicht von den engen Wechselbeziehungen mit der sowjetischen Volkswirtschaft beeinflußt und bestimmt wird." Wie diese ‚Wechselwirkung' aussieht, erläutert er gleich anschließend: „Die Sowjetunion hat nicht nur den entscheidenden Anteil an unseren Material- und Rohstoffbezügen. Von Jahr zu Jahr wächst auch ihre Bedeutung als Lieferant wachstumsbestimmender Anlagen und Ausrüstungen." Und schließlich wirklich entlarvend über die Abhängigkeit, in der sich die Wirtschaft der DDR befindet: „Ausdruck für die qualitativen Veränderungen im Handel mit den RGW-Ländern ist, daß ein immer größerer Anteil unseres Export- und Importvolumen durch Verträge über Kooperation und Spezialisierung vorher bestimmt wird." Diese Verpflichtungen zu ‚spezialisiertem" Export stiegen nach Angaben von Erich Honnecker von 1970 bis 1974 gegenüber der Sowjetunion von 0,7 auf 27%. Welche Auswirkungen dies zum Beispiel im Bereich des Maschinenbaus hat, stellt ein Mitglied des Politbüros fest: „Gerade weil die Volkswirtschaft, und zwar in jedem Zweig, neue und hochproduktive Anlagen verlangt, **und unsere Exportverpflichtungen größer denn je werden**, müssen wir in der metallverarbeitenden Industrie, insbesondere im Maschinenbau, unausweichlich höhere Zuwachsraten erreichen als bisher." Aber die sowjetischen Sozialimperialisten fordern nicht nur mehr billige Waren aus der DDR!

Erich Honnecker stellt fest, daß die DDR auf dem Gebiet der Roh- und Brennstoffe völlig abhängig ist von der Sowjetunion. Es ist bekannt, daß die sowjetischen Sozialimperialsiten diese Abhängigkeit ausnutzen, indem sie ihren Satellitenländern zum Beispiel Eisenerz um 8 – 10% teurer verkaufen als der deutschen Bundesrepublik, daß sie zum Beispiel für Erdöl 25 – 36% mehr verlangen als von den westlichen kapitalistischen Ländern. Jetzt wollen sie aber mehr. Honnecker: ‚Den entscheidenden Anteil unserer Roh- und Brennstoffe beziehen wir aus der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern. **Größere Lieferungen erfordern dabei in wachsendem Maße, daß sich unsere Republik an den Investitionen beteiligt, die zur Erschliessund, Aufbereitung und zum Transport notwendig sind.** Auf diese Weise sichern wir lebenswichtige Lieferungen für unsere Ökonomie, doch die Voraussetzungen dafür wollen im Gefüge unserer Volkswirtschaft geschaffen sein."

Mehr produzieren und mehr Profit machen, das ist deshalb die Quintessenz der innenpolitischen Überlegungen der neuen Bourgeoisie in der DDR. Das entscheidende Mittel dazu heißt, wie bei den westdeutschen Kapitalisten auch, Rationalisierung und verschärfte Ausbeutung. Das soll erreicht werden durch die Verlängerung des Arbeitstages durch sogenannte ‚fliegende Wechsel" zwischen den Schichten und andere Formen der „besseren Arbeitsorganisation', die nach dem Vorbild der US-Imperialisten jede „überflüssige" Handbewegung ausschalten sollen, sowie durch verschärfte Arbeitshetze durch sogenannte Intensivschichten. Zu diesen Intensivschichten einer der „S"ED Bonzen: Eine entscheidende Rolle bei der Erfüllung unserer Verpflichtungen im Jahre 1974 und der Vorbereitung des Planjahres 1975 spielten die Initiativschichten. Der Gedanke, Initiativschichten durchzuführen, wurde bereits im vergangenen Jahr bei den ‚Schmelzen der Freundschaft' geboren. Sowjetische Stahlschmelzer und Stahl- und Walzwerker aus unserer Republik vereinten vor Ort bei praktischer Zusammenarbeit ihre besten Erfahrungen..." **Die sowjetischen Sozialimperialisten fordern also nicht nur mehr Tribut, sie liefern auch die Antreiber, die – im „sozialistischen" Wettbewerb, versteht sich – in einmaligen Einsätzen Arbeitsleistungen von enormer Höhe vorlegen, die von den Arbeitern der DDR dann Tag für Tag erbracht werden müssen, wollen sie nicht zu „Feinden der Republik' erklärt werden.**

Diese verstärkte Abhängigkeit der Wirtschaft der DDR, die den Neuen Zaren im Kreml Milliarden Rubel, der neuen Bourgeoisie einen wachsenden Judaslohn den Werktätigen aber verschärfte Ausbeutung bringt, wird auf den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse in der DDR stoßen. Schon in diesem Bericht Honneckers auf der Tagung der „S"ED sind die Stellen zahlreich, in denen er seiner Unzufriedenheit mit der mangelnden Einsatzbereitschaft der Arbeiter Ausdruck verleiht. Und bestimmt ist es kein Zufall, wenn Honnecker in seinem Bericht über die Verfassungsänderung der DDR anläßlich des 25. Jahrestages der DDR ‚vergißt' zu erwähnen, daß dort von der neuen Bourgeoisie der DDR festgelegt wurde, daß die DDR ‚für immer' mit den sowjetischen Sozialimperialisten „verbunden" sein soll.

Tatsache ist, und alle salbungsvollen Beteuerungen von Honnecker über die Einheit von Volk und Regierung können es nicht vertuschen: Der Widerstand der Arbeiter und der anderen Werktätigen der DDR gegen die sowjetischen Sozialimperialisten, die die Bevölkerung der DDR ausplündern und unterdrücken, wächst. Eine Einheit zwischen Volk und Regierung wird es erst wieder geben, wenn die sowjetischen Sozialimperialisten samt ihren Besatzertruppen vertrieben sind, wenn in der sozialistischen Revolution die Diktatur des Proletariats wiedererrichtet wird.

Sowjetrevisionisten bekräftigen ihren Herrschaftsanspruch

In Budapest fand eine Beratung von 28 europäischen revisionistischen Parteien statt, auf der beschlossen wurde, in der ersten Jahreshälfte 1975 offiziell eine Konferenz der revisionistischen Parteien Europas in der DDR abzuhalten.

Die Budapester Beratung machte – wie schon ähnliche Konferenzen zuvor – deutlich, daß die sowjetischen Sozialimperialisten Versammlungen dieser Art vor allem dazu benutzen, ihre Vorherrschaft über die revisionistischen Länder zu bekräftigen und um die westlichen revisionistischen Parteien stärker an die Kandarre zu nehmen, damit sie sich rückhaltlos für ein Anwachsen des Einflusses der Sowjetunion in den zum Herrschaftsbereich des US-Imperialismus gehörenden Ländern einsetzen. So hob der Vertreter der „S"ED, die eine der treuesten Vasallenparteien Moskaus ist, auf der Budapester Beratung die „wachsende Bedeutung des Massenkampfes, der Verstärkung des Einflusses der Volksmassen auf die Außenpolitik" der westlichen kapitalistischen Länder hervor. Was damit gemeint ist, ist nicht schwer zu verstehen. **Die revisionistischen Parteien sollen verstärkt versuchen, die Arbeiterklasse ihrer Länder für die Interessen der sowjetischen Sozialimperialisten zu mißbrauchen.** Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang an die Kampagne der D„K"P-Revisionisten anläßlich des Mißtrauensantrages gegen Brandt im Zusammenhang mit den Ostverträgen. Die von den D„K"P-Revisionisten damals unter „Friedens- und Entspannungsparolen" inszenierten Kurzstreiks und Demonstrationen sollten einerseits Illusionen über den „vernünftigen, friedlichen Imperialismus" unter den Werktätigen verbreiten, aber sie waren andererseits ganz im Interesse der Sowjetunion.

Auch auf der Budapester Beratung konnte man natürlich die bekannten Phrasen der Sozialimperialisten über „Frieden und Entspannung" in Europa hören, mit denen die sowjetischen Sozialimperialisten ihre aggressiven Ziele in Westeuropa tarnen möchten. In diesem Zusammenhang ist auch die Auswahl der DDR als Konferenzort nicht zufällig. **1975 jährt sich zum 30. Mal die Befreiung vom Hitlerfaschismus und die neuen Zaren möchten sich die Dankbarkeit der Völker gegenüber der Roten Armee Stalins erschleichen, weil sie hoffen, mit diesem gestohlenen Ruhm die Völker Europas besser täuschen und ihre Vorherrschaftsziele in Westeuropa ungestörter verfolgen zu können.**

Aber die neuen Zaren sind auf der Budapester Beratung keineswegs überall auf Gegenliebe gestoßen. Die revisionistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens beispielsweise streben nach mehr Unabhängigkeit von Moskau, weil sie fürchten, daß die allzu innige Bindung an die Kremlzaren sie aller Aussichten auf Regierungssessel berauben könnte. Die rumänischen und jugoslawischen Vertreter traten ebenfalls gegen das Vorherrschaftsstreben der Sowjetrevisionisten auf und beharrten auf der Unabhängigkeit ihrer Länder.

Auf Eis legen müssen die Moskauer Herren vor allem ihren Wunsch, eine gemeinsame Verurteilung der Volksrepubliken China und Albanien durch die revisionistischen Parteien zu erreichen. **Angesichts der wachsenden Sympathie, die die VR China und die VR Albanien bei den Völkern Europas genießen, konnten sich die modernen Revisionisten Europas nicht einmal auf eine indirekte Verurteilung der beiden sozialistischen Länder nach der Formel „Antisowjetismus gleich Antikommunismus" einigen.**

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

30. Jahrestag der Gründung der vietnamesischen Volksarmee

Es lebe der Sieg im Volkskrieg!

Am 22. Dezember 1944, vor dreißig Jahren, wurde die erste Einheit der vietnamesischen Volksarmee aufgestellt. Es war der Grundstein einer heldenhaften Armee eines heldenhaften Volkes. Innerhalb von 30 Jahren hat das kleine vietnamesische Volk mit seiner Volksarmee die Imperialisten das Fürchten gelehrt. Nachdem die japanischen Faschisten 1944/45 das Land verlassen mußten, wurden in der Folge die französischen Imperialisten mit ihrem großen Expeditionskorps vernichtend geschlagen und die US-Imperialisten, die ihnen mit einer noch größeren Armee folgten und das Land überfielen, haben seitdem dort Niederlage für Niederlage einstecken müssen.

Wie sind diese Erfolge des vietnamesischen Volkes und seiner Armee zu erklären? Wie war es möglich, daß die vietnamesische Nation eine große imperialistische Macht wie Frankreich, die mit US-Militärhilfe unterstützt wurde, schlug, wie ist es möglich, daß die Supermacht USA trotz ihrer Ledernacken, ihrer fliegenden Festungen, ihrer Giftgas- und Napalmbomben Niederlage für Niederlage haben einstecken müssen?

Weil die Imperialisten mit ihren Söldnern nicht nur einer heldenmütigen Armee gegenüberstanden, sondern einem ganzen Volk, das bereit ist, für seine Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen.

Es war dies das Verdienst der vietnamesischen Kommunisten unter der Führung des Genossen Ho Chi Minh, die in Vietnam in breitestem Maße das Volk mobilisierten und organisierten und zum Widerstand eng zusammenschlossen. Die Losung Ho Chi Minhs: ***„Die Einheit die große Einheit für den Sieg, den großen Sieg!"***, wurde Wirklichkeit während des langen und harten Widerstandskampfes. Jeder Einwohner ein Kämpfer für die vietnamesische Sache, jedes Dorf eine Festung des Volkes – das war die Grundlage für den siegreichen Volkskrieg, für die Unschlagbarkeit des vietnamesischen Volkes.

Nachdem die französischen Imperialisten jämmerlich gescheitert waren und nach der Genfer Konferenz im Norden die Demokratische Republik Vietnam unter der Führung des Volkes sich entwickelte und auch Südvietnam den Imperialisten aus den Händen zu gleiten drohte, haben die USA-Imperialisten ihre Invasionsstreitkräfte nach Südvietnam geworfen und den Norden angegriffen. Die Streitkräfte der USA und ihrer Satelliten sowie des südvietnamesischen Marionettenregimes, die gegen das vietnamesische Volk eingesetzt wurden, betrugen über eine Million.

Was aber sind diese eine Million inmitten eines Ozeans von 14 Millionen der südvietnamesischen Bevölkerung und inmitten der 16 Millionen der Bevölkerung im Norden?

In diesem Ozean eines kampfbereiten Volkes kann die Armee des Volkes schwimmen wie ein Fisch im Wasser, doch der Feind ist zum Untergang verurteilt.

Die breiten Kräfte der bewaffneten Partisaneneinheiten und Selbstschutzeinheiten des Volkes führen im ganzen Land die lokalen Kämpfe gegen den Feind und seine Stellungen. Immer wieder zwingen diese Kämpfe den Feind dazu, sich zu vereinzeln, seine Kräfte aufzusplittern, während die Volksarmee ihre Kräfte dort zusammenziehen kann, wo sie dem Feind die schwersten Verluste zufügen kann, wobei sie stets auf die volle Unterstützung der Volksmassen rechnen kann, in welchem Gebiet sie auch kämpft.

Die USA-Imperialisten haben versucht, in den von ihnen kontrollierten Gebieten im Süden die Bevölkerung von der Befreiungsarmee Südvietnams zu isolieren, indem sie Konzentrationslager, sogenannte „Wehrdörfer" errichteten, in die sie Millionen Menschen zwangsweise einpferchten und mit Waffengewalt in Schach zu halten versuchten. Und dennoch entfalteten die Kampforganisationen der Volksmassen auch in diesen Dörfern den Kampf, gelang es sogar, nicht wenige dieser Dörfer in Festungen des Volkes gegen den Feind zu verwandeln. Trotz aller Anstrengungen haben die US-Imperialisten Niederlage auf Niederlage einstecken müssen, weil sie überall vom Volk und seiner Armee umzingelt waren.

Armee und Bevölkerung bekunden ihre Entschlossenheit, den Kampf gegen die USA-Aggression und zur Rettung der Nation zu Ende zu führen.

Nicht anders im Norden, wo die US-Imperialisten jahrelang mit schwersten Flächenbombardements mit einer Politik der verbrannten Erde versuchten, der Bevölkerung der Demokratischen Republik Vietnam ihre Bedingungen für einen Frieden, die Unterwerfung, zu diktieren. Hier nicht anders als im Süden standen die US-Imperialsiten der ganzen Bevölkerung gegenüber. Tag und Nacht wachten Millionen Augenpaare darüber, ob am Himmel feindliche Flugzeuge auftauchten, um sofort zur Waffe zu greifen, wenn eines in Sichtweite kam. Auf dem Feld bei der Arbeit, in den Fabriken, überall standen die Gewehre bereit, stand das Volk unter Waffen, um jedem Angriff zu begegnen.

Und als die Bombenteppiche des Feindes Fabriken, Depots, Wohnviertel und ganze Städte zerstörten, ging das Volk entschlossen daran, die Produktion unter die Erde zu verlagern, sich in einem ganzen System von Tunneln zu schützen, während die Volksarmee ihre Hauptkraft darauf verwenden konnte, die Grenzen des Landes vor den Aggressoren zu sichern.

Daß ein ganzes Volk für seine Sache kämpft und in diesem Kampf zu einer Einheit zusammengeschlossen wird, das ist das eine Bein, auf dem der Befreiungskampf der unterdrückten Nation steht. Das andere ist eine mutige und entschlossene Armee, die stärker ist als jede Armee der Imperialisten. Denn die Armee des Volkes besteht aus Kräften, die bewußt Disziplin halten und sich vereinigt haben, weil sie für eine gerechte Sache kämpfen wollen. Sie kämpfen nicht für die Privatinteressen einer Minderzahl oder einer kleinen Gruppe, sondern für die Interessen der breiten Volksmassen, für die Interessen der gesamten Nation. Darin besteht ihre Unüberwindbarkeit.

Die Imperialisten aber befehligen eine Armee von gekauften Söldnern und zwangsweise rekrutierten Menschen, die eingesetzt werden, um gegen die Völker Verbrechen zu begehen. Sie ist isoliert von den Volksmassen und in sich von Widersprüchen zerfressen. Das ist der Grund, warum die imperialistischen Armeen im Grunde schwach sind, auch wenn sie stark erscheinen. Nicht die Waffen entscheiden über den Ausgang eines Krieges, sondern die Menschen, die sie bedienen.

Heute, nachdem der Kampf des vietnamesischen Volkes die US-Imperialisten gezwungen hat, das Pariser Abkommen zu unterzeichnen, kann die Bevölkerung im Norden darangehen, die Wunden des Krieges zu heilen, den Wiederaufbau des Landes voranzutreiben und ein blühendes Vietnam im Norden aufzubauen. Auch hierbei ist die Volksarmee eine vorangehende Kraft. Doch sie wird nicht die Waffe aus der Hand legen, denn immer wieder haben die US-Imperialisten seit Unterzeichnung des Abkommens bewiesen, daß sie und ihre Marionettenregierung Thieu nicht im geringsten daran denken, das Abkommen einzuhalten. Immer wieder versuchen sie, befreites Gebiet im Süden der Revolutionsregierung des Volkes zu entreißen, neue Aggressionen zu provozieren.

Wie die Volksbefreiungsarmee Südvietnams bereit ist, jeden Angriff des Feindes energisch zurückzuschlagen, steht auch die Volksarmee der Demokratischen Republik Vietnam auf dem Posten, um mit jedem Feind, der einzudringen wagt, den Kampf aufzunehmen und ihn – sei es auch in einem langwierigen Krieg – vernichtend zu schlagen.

Der Kampf des vietnamesischen Volkes wird nicht eher zu Ende sein, als bis der Süden gänzlich befreit, als bis der Norden und Süden wieder vereint sind zu einem unabhängigen, friedlichen und blühenden Vietnam.

Es lebe die vietnamesische Volksarmee!

Es lebe der Sieg im Volkskrieg!

Erklärung Samdech Norodom Sihanouks

Die UNO hat in Phnom Penh nichts zu suchen

Am 15. 12. 1974 nahm Samdech Norodom Sihanouk dazu Stellung, daß Lon Nol, das Oberhaupt der Verräter in Phnom Penh, den UNO-Generalsekretär Waldheim aufgefordert hatte, nach Phnom Penh zu kommen, um ihm zu helfen, mit der Nationalen Einheitsfront Kambodschas und der Königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas fertigzuwerden, die keinen „Frieden" halten wollten.

In der Erklärung heißt es wörtlich unter anderem:

„Die NEFK und die KRNUK fordern seine Exzellenz Waldheim auf, nicht das Spiel der US-Imperialisten zu spielen, die die Vereinten Nationen und ihren Generalsekretär als Schirm benutzen wollen, um dahinter ihre Aggression und ihren Neokolonialismus in Kambodscha zu verstecken. Wenn seine Exzellenz Herr Waldheim sich nach Phnom Penh begibt, mischt sich die UNO automatisch in eine Angelegenheit ein, die sie nichts angeht und übernimmt automatisch die Verantwortung für Komplikationen, die unausweichlich bei einem Problem entstehen werden, das man „Kambodscha" nennt.

Ich wiederhole noch einmal: das ‚Problem Kambodscha' ist nicht das eines ‚kambodschanischen Bürgerkriegs'. Es ist das Problem der neokolonialistischen Aggression der USA.

Folglich, will die UNO wirklich Gerechtigkeit und Frieden, entspräche es allein der Logik, wenn sie ihren Generalsekretär nach Washington schicken würde, um vor der US-Regierung das Ende der illegalen und verbrecherischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kambodschas zu verlangen. Nicht aber nach Phnom Penh, wo Herr Waldheim mit seinem Besuch einzig und allein einer Clique von Verrätern und Gangstern seinen ungerechten Segen erteilen würde. Denn das wäre eine schwere Beleidigung des kambodschanischen Volkes, das unter großen Opfern seit 5 Jahren für sein nationales Wohl und die Befreiung seiner Heimat kämpft.

Die Tatsache, daß die UNO der Königlichen Regierung von Kambodscha die Tür vor der Nase zugeschlagen hat, obwohl Kambodscha seit 1955 Mitglied der UNO ist und stattdessen die Lon Nol-Clique in der UNO ist, diese (...) bedeutet sowieso schon einen offensichtlichen Akt des Unrechts.

Wenn die UNO jetzt noch ihren Generalsekretär nach Phnom Penh schickt, damit er der volksfeindlichen und antinationalen Lon Nol-Clique hilft, ihre Existenz gegen den Willen des Volkes zu verlängern, hat das letztere die Pflicht, gegen diesen neuen Akt des Unrechts durch die UNO zu protestieren.

Weder die UNO noch sonst irgendeine ausländische Macht hat das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Kambodschas einzumischen."

Abschließend betonte Samdech Norodom Sihanouk, daß die US-Imperialisten sofort ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kambodschas beenden müssen und forderte:

Einstellung der Hilfe der USA an das Lon Nol-Regime; Abzug der verschiedenen getarnten amerikanischen Militärs in der Armee Lon Nols; Einstellung der „Aufklärung" von Flugzeugen über Kambodscha, die in Thailand stationiert sind, Einstellung der „Aufklärung" von Flugzeugen unter der Regie des CIA in Tapeh, in Seoul und in Bangkok; Einstellung der Ausbildung von amerikanischen Piloten und anderen Spezialisten in den USA, in Thailand und anderen von den USA abhängigen Ländern; Abzug der US-Marine und der Marine Saigons und Thailands aus kambodschanischen Häfen wie Ream und Sihanouk-Ville und aus den kambodschanischen Küstengewässern.

Aus aller Welt

USA:

Nach 20tägiger Dauer ist Anfang Dezember der landesweite Streik von 120 000 Kumpels im Kohlenbergbau zu Ende gegangen. Der gewaltige Streik hat dem US-Monopolkapital, nach Presseberichten einen Verlust von 5 Milliarden Dollar gebracht. Eines der Ergebnisse des Streiks ist, daß die Bergbaugesellschaften gezwungen waren, Lohnerhöhungen zuzusichern. Kaum hatte der Streik der Bergleute geendet, begannen 4 500 Techniker des Bergbaus im Land zu streiken, um neue Tarifverträge zu erkämpfen. Der Streik wurde unterstützt von den Bergbaukumpels.

CHINA:

Am 28. Dezember wurde in Peking ein Abkommen unterzeichnet, wonach die Volksrepublik China der Republik Südvietnam wirtschaftliche Gratishilfe gewähren wird. Das Abkommen wurde von dem chinesischen Handelsminister und dem Leiter der Wirtschaftsdelegation der Republik Südvietnam, Minister der Revolutionsregierung Südvietnam unterzeichnet. Bei der Unterzeichnung war auch der stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates der Volksrepublik China, Li Hsiän-niän zugegen, der mit den Mitgliedern der Wirtschaftsdelegation der Republik Südvietnam eine herzliche Unterredung hatte.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter
3. Programm:	
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle



32 Meter entspricht 9,26 MHz;
41 Meter entspricht 7,23 MHz;
50 Meter entspricht 5,95 MHz;
215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

RADIO PEKING

für Winter: 43,7; 42,8 und 38.5 Meter
für Sommer: 26,2 Meter
jeweils 20.00 – 21.00 und 21.00 – 22.00 Uhr

Kommentar von Radio Tirana zur Jahreswende 1974/75

Das Jahr 1974 - ein Jahr der Krise des bürgerlichen Systems und des Anwachsens der Klassenkämpfe in Westdeutschland

Wie in der gesamten kapitalistischen Welt, war das Jahr 1974 auch in Westdeutschland durch zunehmende wirtschaftliche und politische Erschütterungen und durch die Erweiterung des Klassenkampfes gekennzeichnet. Die Wirtschaft gerät immer mehr ins Stocken. Zahlreiche Unternehmen, z.B. in der Bauindustrie und mittlere und kleine Banken, machen Bankrott. Immer mehr Menschen ziehen Vergleiche mit dem Ende der 20er Jahre, als sich die große Weltwirtschaftskrise anbahnte.

Die Inflation macht in Westdeutschland jetzt durchschnittlich 7% aus, die Preise der wichtigsten Gebrauchsgüter klettern ständig in die Höhe. Die Arbeitslosigkeit hat Raten erreicht wie nach der Nachkriegszeit nicht mehr. Etwa eine Million gibt die Bundesanstalt für Arbeit jetzt schon offiziell an und kündigt ein weiteres Steigen an. Die Hunderttausende von verschleierten Arbeitslosen, wie bei Rentnern, Hausfrauen, Bauern, die die Bourgeoisie in ihren Statistiken nicht anführt, sind dabei nicht berücksichtigt. Allein in der Automobilindustrie müssen über 80 000 Arbeiter und Angestellte die Wochen der Jahreswende ohne Arbeit verbringen. Die Lage der werktätigen Massen verschlechtert sich ständig. Millionen leben in echter Not. Alle Schwierigkeiten und Übel, unter denen die werktätigen Massen leiden müssen, liegen im kapitalistischen System selbst begründet. **Die Widersprüche des bürgerlichen Systems, die Anarchie der Produktion, die Jagd nach Maximalprofiten und alle Versuche der Bourgeoisie zur Lösung der Krise auf Kosten des arbeitenden Volkes führen zu neuen, größeren Schwierigkeiten und zum Verfall des ganzen Systems. Das Jahr 1974 bestätigt dies deutlich.**

Die Monopolbourgeoisie ergriff eine Reihe von arbeiterfeindlichen Maßnahmen, um die Arbeiter und die übrigen Werktätigen die Zeche zahlen zu lassen. Die Arbeiter werden zu noch größerer Arbeitshetze angetrieben, während die Millionen des sogenannten „Programms zur Steuerung der Beschäftigungslage" in die Taschen der Monopolherren, der Abs und Thyssen fließen, die sich auf Kosten der Werktätigen mästen. Die Krise verschärft sich umso mehr, als der westdeutsche Imperialismus Milliarden Mark für den Unterhalt der amerikanischen Truppen in Westdeutschland und für die westdeutsche Rüstung ausgibt. Er hat die Bundeswehr zu einer Hauptschlagkraft des von den USA beherrschten aggressiven NATO-Blocks gemacht. Er unterstützt die Expansions- und Hegemoniepolitik der beiden Supermächte und versucht – die Rivalität der beiden Supermächte nützend – selbst zur Großmacht aufzusteigen. Er beteiligt sich an den massiven Kriegsvorbereitungen der Supermächte und setzt damit das deutsche Volk und die Völker der Welt der Gefahr eines neuen imperialistischen Weltbrandes aus.

Alle Versuche der Bourgeoisie, die Last der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, alle verlogenen Ausrufe der Unternehmer, angeblich durch Lohnverzicht zur Stabilität zu gelangen, den Gürtel enger zu schnallen, beantworteten die Arbeiter, Bauern, die Jugend und die Studenten durch verstärkten Klassenkampf.

Im Februar erhoben sich 250 000 Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes, Busfahrer, Postbeamte, Müllarbeiter und andere, mutig im Streikkampf für höheren Lohn. 60 000 Metallarbeiter im Unterwesergebiet folgten ihnen und machten den Versuchen von Unternehmern und DGB-Apparat einen Strich durch die Rechnung, im Eilverfahren neue Tarifverträge durchzuziehen. Ausländische Arbeiter und deutsche Kollegen bildeten eine Kampffront. Im Kampf lernten sie ihre als Arbeitervertreter getarnten Feinde besser kennen. Die Bonzen des DGB, die hinter dem Rücken der Arbeiter und gegen ihren Willen Lohnraubabschlüsse mit den Unternehmern tätigen, die den ganzen Apparat zur Unterdrückung der Arbeiter einsetzen. Die modernen Revisionisten der D„K"P, die Streikkämpfe sabotieren, die Arbeiter auffordern, sich zu mäßigen und mit ihren Mitbestimmungsparolen für die Aussöhnung mit dem kapitalistischen System eintreten und die Arbeiter an den DGB-Apparat gekettet halten wollen. Die Arbeiter erkennen, daß sie auf ihre eigene Kraft vertrauen müssen, schließen sich im revolutionären Klassenkampf zusammen und der Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition schreitet voran.

Tausende Mieter kämpften im Frühjahr in Frankfurt tagelang auf der Straße gegen die sogenannte Sanierungspolitik der Gemeinden und setzten sich militant gegen brutale Einsätze der Polizei, die auch vor einem Mordanschlag nicht zurückschreckte, zur Wehr.

Der Sommer und Herbst war durch die große Bewegung der armen und mittleren Bauern gegen ihren Ruin durch die europäischen Monopole und Agrarkapitalisten für höhere Erzeugerpreise geprägt. Entgegen der reaktionären Politik der Bauernverbandsführer griffen sie zu militanten Aktionen, blockierten den Verkehr und die Grenzen, vereinigten sich mit ihren holländischen und französischen Klassenbrüdern gegen die reaktionäre EG-Politik. (...) 30 000 Bauern hatten in München demonstriert, zigtausend weitere in Dortmund, Bremen, Schleswig-Holstein und vielen anderen Gebieten. Ihr Kampf vereinigt sich mit dem der Arbeiter zu einer gewaltigen Front gegen die Monopolbourgeoisie und in ihm wird das revolutionäre Bündnis der Arbeiter und Bauern geschmiedet.

Alle Kämpfe der Arbeiter und Bauern sowie ihre zahlreichen Demonstrationen kennzeichnet, daß sie immer mehr politischen Charakter tragen, immer mehr gegen den kapitalistischen Staat gerichtet sind. Angesichts dieser Kämpfe, der unaufhaltsamen Entwicklung der Revolution, fällt es der Bourgeoisie immer schwerer, die Fassade des „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates" aufrechtzuerhalten. Kündigungen von Kommunisten und anderen klassenkämpferischen Arbeitern, Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter, vor allem aber die verschärfte Verfolgung der Revolutionäre und besonders der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten zeigen die wachsende Faschisierung des westdeutschen Staatsapparates. **Doch was die Bourgeoisie auch unternimmt, um den Vormarsch der Arbeiterklasse und des Sozialismus aufzuhalten, beschleunigt gleichzeitig den Prozeß der Revolutionierung der werktätigen Massen.**

Eine immer wichtigere Rolle in der heutigen revolutionären Bewegung in Westdeutschland spielt die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, die von dem Marxismus-Leninismus geleitet, die Verbindungen mit den Massen verstärkt, die Mittel und Methoden, derer sich die Bourgeoisie bedient, um die Arbeiterklasse zu unterdrücken, anprangert. **Sie entlarvt die modernen Revisionisten als Todfeinde der Arbeiterklasse und des Kommunismus und als Wegbereiter des Faschismus und schließt immer mehr alle Marxisten-Leninisten in der einen Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten zusammen. Unter ihrer sicheren Führung wird die deutsche Arbeiterklasse den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, für den Triumph der sozialistischen Revolution auf ein höheres Niveau heben.**



In Heide demonstrierten Tausende von Bauern gegen ihre Ruinierung durch die EG-Monopole

Proletarier-Neujahr

365 Morgen
Die gleichen Sorgen!
365 Tage
Die gleiche Plage!
365 Nächte
Aus denen man nicht erwachen möchte!
Und nun kommt wieder die alte Frage:
Noch einmal 365 Tage?

Ja, Genosse!
Vielleicht noch dreimal!
Vielleicht noch zehnmal!
Aber, Genosse, nicht verzagen!
In diesen 365 Tagen
Brechen wir aus dem morschen Haus
Wieder einen Grundstein heraus.

Das bedeutet, Genosse:
365 Morgen
Sollst du dein Herz mit Haß versorgen!
365 Tage
Deine Stimme erheben, daß keiner verzage!
365 Nächte
Kräfte sammeln zum letzten Gefechte!

Denn einmal kommt doch ein Neujahrstag!
Da schlägt dein Herz einen freieren Schlag.
365 Morgen
Nicht mehr für die Herrschenden sorgen!
365 Tage
Nicht mehr die alte Zuchthausplage!
365 Nächte
Im Glück der erkämpften Rechte!

Dann reichen wir aller Welt die Hände dar.
Und über alle befreiten Länder
Funken die Sender:
Genossen, ein glückliches NEUES Jahr!

Erich Weinert, 1928.

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526
hiermit bestelle ich

ROTER MORGEN

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.......................................

Beruf.......................................

Postleitzahl/Ort.......................................

Straße.......................................
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift.......................................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld: Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr

Bremen: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund: Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg: Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover: Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel. 0511/44 51 62.

Kiel: „Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck: Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Mannheim: Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten Mo. – Fr. 17.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr, Tel 0621/37 67 44.

München: Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart: Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin: Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/465 28 07, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Parteiveranstaltung

WESTBERLIN:

Großveranstaltung zum 6. Jahrestag der Parteigründung. Es spricht Genosse ERNST AUST. 5. 1. 1975, 16 Uhr, „Neue Welt", Hasenheide, Saal II.

Gesellschaft zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

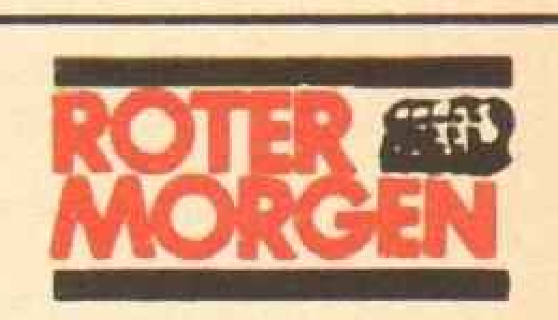
Literatur und Zeitschriften aus den Volksrepubliken China und Albanien

Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN

ENVER HOXHA
Ausgewählte Reden und Aufsätze

Im Verlag Roter Morgen erschienen

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb 1935 72 – 207
Tel.: 040 / 4 10 17 36



Jahrgang 1974

Der gesammelte Jahrgang 1974 im Einband und mit Inhaltsverzeichnis erscheint voraussichtlich in der letzten Januarwoche 1975 zum Preis von 30,– DM. Ab SOFORT sind GESCHENKGUTSCHEINE gegen Vorauszahlung auf unser Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466, Verlag G. Schubert, erhältlich.

Auf dem Empfängerabschnitt der Zahlkarte bitte den Absender deutlich angeben und vermerken: RM-Jahrgang 1974, Gutschein.

Wir bitten um Verständnis, wenn wir nur gegen Vorauszahlung liefern können.